Nr. 207. Halle (Saale), Dienstag, den 4. September 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hary 42/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (99 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 8 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hary 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier. 4. Sept. 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern war nachmittags die Kampftätigkeit der Artillerien an der Küste und zwischen Langemarck und Warneton zu großer Heftigkeit gesteigert. Im Bogen von Ypern entwickelten sich kleine Kämpfe im Vorfeld unserer Stellungen; dabei wurden einige Engländer gefangengenommen. Nachts griff der Feind nordwestlich von Lens an; er drang vorübergehend in unsere Linien, aus denen er sogleich durch Gegenstoß vertrieben wurde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In der Champagne stießen die Franzosen an der Straße Somme-Py-Souain nach Trommelfeuer vor. Unser Gegenangriff warf sie aus einem von uns neuerbauten Graben wieder hinaus. Der Feuerkampf vor Verdun nahm abends wieder große Stärke an; auch die Nacht hindurch lagen die Artillerien auf dem Ostufer der Maas im Wirkungsfeuer.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Westlich der Mosel wurden von gewaltsamer Erkundung bei Remenauville französische Gefangene eingebracht.

In der Nacht vom 2. zum 3. September bewarfen unsere Flieger Calais und Dünkirchen mit Bomben. Die entstandenen Brände waren tagsüber zu beobachten. Dover wurde gestern, Chatham, Sheerness und Ramsgate wurden heute nacht durch unsere Flugzeuge mit Bomben angegriffen. Gestern sind 19 feindliche Flieger und zwei Fesselballons abgeschossen worden. Rittmeister Freiherr von Richthofen errang den 61. Luftsieg; der vor kurzem wegen seiner Kampfleistungen vom Vizefeldwebel zum Offizier beförderte Leutnant Müller brachte seinen 27. Gegner zum Absturz.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Nach zweitägiger Schlacht hat die 8. Armee unter Führung des Generals der Infanterie v. Hutier gestern die an mehreren Stellen brennende Stadt Riga von Westen und Südosten her genommen! Unsere kampfbewährten Truppen brachen überall den russischen Widerstand und überwanden in ungestümem Drang nach vorwärts jedes Hindernis, das Wald und Sumpf bot. Der Russe hat seinen ausgedehnten Brückenkopf westlich der Duna und Riga in größter Eile geräumt; unsere Divisionen stehen vor Dünamünde. Dichte, ungeordnete Heerhaufen drängen sich in Tag- und Nachtmärschen auf allen Wegen von Riga nach Nordosten. Südlich der großen Straße nach Wenden, zu beiden Seiten des Gr. Aagel-Baches, warfen sich in verzweifelten, blutigen Angriffen starke russische Kräfte unseren Truppen entgegen, um den Abzug der geschlagenen 12. Armee zu decken. In erbittertem Kampf erlagen sie unserem Stoß; die große Straße ist an mehreren Stellen von unseren Divisionen erreicht; einige tausend Russen sind gefangen, mehr als 150 Geschütze und zahlloses Kriegsgerät erbeutet. Die Schlacht bei Riga ist ein neues Ruhmesblatt der deutschen Armee.

Heeresgruppe Erzherzog Joseph. Südöstlich von Czernowitz entrissen österreichisch-ungarische Regimenter den Russen eine zäh verteidigte Höhenstellung. Zwischen Sereth und Moldova dauert lebhafte Gefechtstätigkeit an.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Bei Muncelul, nordwestlich von Focsani, scheiterten mehrere russisch-rumänische Angriffe verlustreich.

Mazedonische Front. Die Truppen der feindlichen Mächte wiederholten ihre Angriffe gestern nicht.

Die 11. Isonzo-Schlacht.

Wien, 3. Sept. Amtlich wird verlautbart: Auf dem Monte San Gabriele führten gestern vor Tagesanbruch Unternehmungen unserer Truppen zu lebhaften Kämpfen, die günstig verliefen. Nachmittags und abends scheiterten am Nordhang des Berges starke italienische Angriffe. Auch östlich von Görz und bei Tamano blieben Vorstöße des Feindes ergebnislos. Italienische Flieger bewarfen mehrere Orte der istrischen Halbinsel mit Bomben. Ein gegen Triest vordringendes feindliches Luftschiffgeschwader wurde von unseren See-Fliegern vor Erreichen des Zieles vertrieben.

Ueber die elfte Isonzoschlacht äußerte sich der schweizerische Oberst Egli in den Basler Nachrichten vom 1. September: Generalobersit von Boroevic scheint sich vor dem Fehler gehütet zu haben, an dem so viele Verteidiger zugrunde gehen: Alles behalten zu wollen. Einem so übermächtigen Feind, wie die Italiener hier zweifellos sind, muß etwas preisgegeben werden, aber nur was für den weiteren Verlauf des Kampfes nicht entscheidend sein kann.

Ein englischer Heeresbericht.

1. September. In der Nacht zum 1. September und heute am frühen Morgen führten wir eine erfolgreiche Streife östlich von Wytschaete aus. Unsere Truppen warfen Bomben in feindliche Unterstände und brachten deren Besatzung, als sie über offenes Feld zu flüchten versuchte, mit Maschinengewehrfeuer Verluste bei. Südwestlich von Havrincourt wurde eine feindliche Strafabteilung ohne Verluste für unsere Truppen zurückgetrieben. Gestern abend klärte das Wetter für zwei Stunden auf, und zum ersten Male seit vier Tagen wurde die normale Fliegertätigkeit wieder aufgenommen. Im Luftkampf wurde ein deutsches Flugzeug in unserer Linie heruntergeholt, ein anderes steuerlos zur Landung gezwungen. Eins unserer Flugzeuge wird vermißt. Die Zahl der im August von britischen Truppen eingebrachten Gefangenen beträgt 7270, darunter 158 Offiziere, wodurch die Gesamtzahl der von uns seit dem Morgen des 31. Juli gemachten Gefangenen auf 10697, darunter 284 Offiziere, steigt. Während des vergangenen Monats erbeuteten wir 36 Geschütze, darunter 6 schwere, 200 Maschinengewehre und 73 Schützengrabenmörser. Diese Zahlen schließen die von unseren Verbündeten in Flandern eingebrachten Gefangenen und Geschütze nicht ein.

Riga genommen.

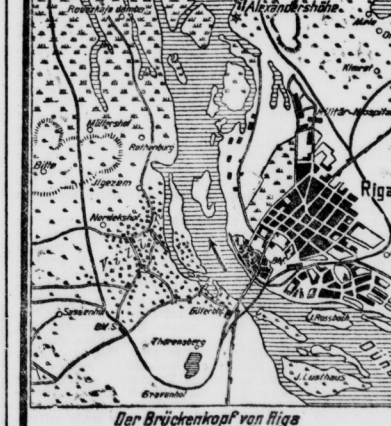
Berlin. Amtlich. 3. 9. 17. abends. Riga ist genommen.

Ueber den Dünaübergang der deutschen Truppen und den Angriff auf Riga wird in einem W. T. B.-Berichte vom 3. September u. a. noch gesagt: „Während die Generaloffensive im Westen bisher ohne jeden positiven Erfolg geblieben ist, erbringt der gelungene deutsche Vorstoß im Osten den Beweis, daß sie nicht einmal das zweite bescheidene Ziel erreicht hat, die deutschen Streitkräfte zu binden und Rußland zu entlasten. Trotzdem die Russen seit längerer Zeit mit einer deutschen Unternehmung in der Gegend von Riga rechneten, worauf auch die Zurücknahme ihrer Stellungen hinter die Aa deutete, und trotz der starken Besatzung des rechten Dünaufers gelang das schwierige Unternehmen des Uebergangs über den breiten Strom in vollem Umfange."

*

Als zweitgrößter russischer Handelshafen an der Ostsee ist Riga für Rußland von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Riga zählte vor Ausbruch des Krieges rund 500 000 Einwohner, darunter 46 Prozent Deutsche, 20 Prozent Letten, 20 Prozent Russen, 12 Prozent Juden. Am linken Dünaufer liegt die Mitauer Vorstadt, die von Russen jetzt als Brückenkopf ausgebaut war. Die Stadt Riga wurde im Jahre 1201 vom Bischof Albert von Livland gegründet und trat alsbald in die Reihe der Hansastädte ein. 1253 wurde sie Sitz des Erzbischofs von Preußen und Livland. Nach dem Ableben des Erzbischofs Wilhelm von Brandenburg im Jahre 1563 wurde der Sitz des Bistums nach Wenden verlegt. 1582 kam Riga in polnischen Besitz, 1621 wurde die Stadt schwedisch, 1721 russisch.

Telegramm des Kaisers. Berlin, 3. September. (W. T. B.) Der Kaiser richtete an die Kaiserin folgendes Telegramm: Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern meldet mir soeben die Einnahme von Riga durch unsere Truppen. Ein neuer Merkstein deutscher Kraft und unbeirrten Siegeswillens. Gott helfe weiter! Wilhelm. — Weiter richtete der Kaiser an den Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern folgendes Telegramm: Dir und der 8. Armee spreche ich aus Anlaß der Einnahme von Riga meinen und des Vaterlandes Glückwünsche und Dank aus. — Weitsichtige Führung und stahlharter Willen zum Siege verbürgten den schönen Erfolg. Weiter mit Gott. Wilhelm I. R.



Es wird geflaggt. Berlin, 3. September. Seine Majestät hat aus Anlaß der Einnahme von Riga für den 4. 9. in Preußen und Elsaß-Lothringen zu flaggen befohlen. (Amtlich.)

Neuwahlen.

Ueber Reichstagsauflösung und Reichstagsneuwahlen ist jetzt in der Presse ein gewaltiger Streit entbrannt. Die Alldeutschen haben damit angefangen, weil sie bestritten, daß hinter der Reichstagsmehrheit (Zentrum, Freisinn, Regierungssozialisten) auch die Mehrheit des Volkes stünde. Die „wirkliche" Volksmehrheit wolle nicht den „Verzichtfrieden", wie die Reichstagsmehrheit, sondern den „deutschen Sieg-Frieden", im Sinne der Strategie Hindenburgs. Deshalb schiene es notwendig, an das Volk zu appellieren.

Die Anzweiflung des Mehrheitsblocks im Reichstage brachte den Vorwärts in gewaltigen Zorn. Täglich empörte er sich darüber, daß die Konservativen erklärten, die Regierung könne, brauche und werde nicht die „Verzicht-Friedensresolution" respektieren, da das Volk einen ganz andern Frieden wolle. Und so ist man denn beiderseits bei dem Punkte: Befragung des Volkes, Reichstagsauflösung und Neuwahlen angelangt.

Merkwürdig, daß nun auf einmal auch der Vorwärts dafür zu haben ist. Die Regierungssozialisten haben bisher für Befragung des Volkes keinen Finger gerührt, im Gegenteil, sie beschlossen noch am 6. Juli die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages bis zum Januar 1919 (Neunzehnhundertneunzehn!) Die Unabhängigen Sozialdemokraten protestierten dagegen, Genosse Albrecht forderte energisch Volksbefragung, die Regierungssozialisten pfiffen darauf und verlängerten sich selbst wieder die Mandate. Jetzt plötzlich schwenkt man ein, wenigstens scheinbar. Das ist sehr sonderbar; da muß man fragen warum? Wegen der bloßen Behauptung zweier konservativer Blätter, die breite Blockmehrheit des Reichstages sei nicht die Volksmehrheit, braucht man doch keine Neuwahlen zu fordern, zumal der Vorwärts tausendmal behauptet hat, keine Regierung könne gegen den Willen der entschlossenen Reichstagsmehrheit auch nur einen Tag regieren! Wenn man in einem großen Mehrheitsblock sitzt und die Regierung in der Hand hat, warum soll man da Furcht vor ein paar konservativen Annektionisten haben? Ueberdies hat der Vorwärts wochenlang versichert, daß durch die Friedensresolution der Blockmehrheit „die deutschen Annektionisten völlig und endgültig geschlagen und besiegt sind". Weshalb jetzt die Angst vor ihrem bißchen Gerede?

Die Ursachen liegen tiefer. Die Regierungssozialisten wissen im verborgenen Innern ganz genau, wie die Dinge mit ihrem Block und mit ihrer „Regierung in der Hand haben" beschaffen sind. Nach außen tun sie so, als sei die deutsche „Demokratisierung" eine Selbstverständlichkeit, die schon erfüllt, nur noch nicht formell durchgeführt sei. In Wirklichkeit ist noch gar nichts zugestanden — im Gegenteil! Die sogenannte „Freie Kommission" verschleiert nur die Zustände, denn sie hat nichts zu sagen, kann weder etwas beschließen, darf weder Bericht erstatten, ist keine Partei, keine Volksvertretung, schwebt völlig in der Luft. Inzwischen geschehen die wichtigsten Dinge, alles ohne Befragung der Volksvertretung. Ein freisinniges Blatt, die Vossische Zeitung, ist sogar empört über die Heimlichkeit und heischt Oeffentlichkeit. Sie berichtet:

„Es wird in der Schweiz erzählt und ist von der Schweiz bereits nach Skandinavien getragen worden, daß Kurland deutsch werden soll und daß man beabsichtigt, Litauen zu einem selbständigen Reich auszugestalten. Also das ganze Programm der Annektion nach dem Osten, das ja unter der Marke „Befreiung" hier in gewissen Kreisen sehr populär ist!"

Der Reichstag weiß davon nichts, er ist ja die Volksvertretung. Er erfährt es gelegentlich, genau wie bei Polen, wo die Regierung mit Litauen und Kurland gemacht hat. Dabei sind das hervorragend entscheidende Friedensfragen — oder richtiger Kriegsfragen, die, je nachdem, den Krieg ins Ungeheuerliche verlängern können. Von der Offensive, die jetzt in Livland-Kurland vor sich geht, hat der Reichstag auch nichts erfahren. Kann da der Vorwärts noch weiter vom „gesicherten Mitbestimmungsrecht bei den Friedensfragen" sprechen?

Daß das deutsche Volk immer unzufriedener mit seiner Reichstagsvertretung wird, zeigt sich offenkundig. Im Januar dieses Jahres war die Uhr des Reichstages abgelaufen, sein Kredit erschöpft. Die Verlängerung aus eigener Macht ist ohne Befragung der einzig zuständigen Stelle, der Wähler, des deutschen Volkes, geschehen. Und nun? Will man nun das Volk über die Friedensfrage entscheiden lassen? Wir zweifeln daran.

Die Blockmehrheit des Reichstages denkt sich die „Befragung des Volkes" auch ganz nach eigener Weise. Nach einer sehr seltsamen Weise! Da gilt es, ganz genau hinzuhören! Der geistige Führer der Regierungssozialisten, Dr. Eduard David, schreibt in einem Vorwärts-Artikel:

„Uebrigens wird, wenn die Mehrheitsparteien geschlossen vorgehen, der Wahlkampf sehr vereinfacht. Nur in den Kreisen, wo annektionistische Kriegsverlängerer und Gegner der Neuorientierung sitzen, wird es ernsthafte Kämpfe geben. In den Kreisen, die von Mitgliedern der Mehrheit vertreten waren, werden die Minderheits-Kandidaten mit vereinten Kräften kurzerhand abgestochen. Stichwahlen wird es unter diesen Umständen kaum geben."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170904-17/fragment/page=0001

Hört, Hört! Die Regierungssozialisten wollen bei den nächsten Wahlen mit Zentrum, Freisinnigen (und der Hälfte der Nationalliberalen) geschlossen vorgehen und sich gegenseitig die Mandate sichern. Man kämpft nicht mehr gegen Zentrum und Freisinn, sondern mit diesen angenehmen Parteien gegen Konservative und vor allem — Unabhängige Sozialdemokraten. Von Klassenkampf, von Weltanschauung, von den Lebensinteressen der Proletariats, vom „unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus" ist nicht mehr die Rede. Nur noch vom Mehrheitsblock.

Diese Taktik ist folgerichtig — Bravo! —, wir machen ihr unsere Reverenz. Die Regierungssozialisten sagen: Erstens: Deutschland braucht das parlamentarische Regiment; zweitens: das parlamentarische Regiment kann nur von einer festen Mehrheit im Reichstage, die dann die Minister stellt, ausgeübt werden; also drittens: bilden wir sie mit Zentrum und Fortschrittlern; diese Mehrheit muß, viertens, gesichert und erhalten werden; infolgedessen müssen wir, fünftens, jeden Wahlkampf mit unsern Alockfreunden ausschalten, sonst fallen wir rein. Das ist völlig logisch und konsequent. Daß man nebenher den Sozialismus aufgibt, schmerzt nicht, weil nur noch Reste aufzugeben waren. Die treugebliebenen Sozialdemokraten werden von der neuerlandischen Truppe: Zentrum-Fortschrittler-Regierungssozialisten mit vereinten Kräften „abgestochen". So sollen denn — falls es nach Dr. David geht — Wahlen zustande kommen die ungefähr dem „parlamentarischen Regiment" deutscher Art ähnlich sehen werden. Nebenher würde wohl schließlich Belagerungszustand und Preßzensur während des Wahlkampfes bestehen bleiben, da die Regierung erst dieser Tage wieder feierlich versichert hat, auf diese erprobten Mittel könne sie im Kriege nicht verzichten. Da könnte der Regierungsblock das „Abstechen der Minderheitskandidaten" natürlich noch leichter vornehmen. Aber — wer weiß! Vielleicht kommt es noch ganz anders! Die Dinge könnten sich doch sehr ernst entwickeln. Wir sind am wenigsten geneigt, sie so einfach zu nehmen. Man erfülle nur die Forderung auf Volksbefragung. Aber man beseitige Belagerungszustand und Zensur und sichere dem Kämpfer an der Front die freie Ausübung seines Wahlrechts. Will der Mehrheitsblock das nicht durchsetzen?

Wir ersehnen angelegentlich ein freies Votum des deutschen Volkes!

Rußland.

Verschärfter Klassenkampf.

Nowaja Schisn, das Blatt Gorkis, schreibt, daß die Arbeiter Petersburgs noch den unglücklichen Aufstandsversuch vom 16. bis 18. Juli nach viel entschiedener als vorher auf die Seite der Bolschewiki getreten seien. Die Krankenkassenwahlen in den Petersburger Fabriken hätten ihnen überall die absolute Mehrheit gebracht. Auch bei den Neuwahlen zu den Sowjets hätten sie den Sozialrevolutionären und Menschewiki bereits viele Mandate abgenommen. — Auf der andern Seite berichtet die Auslands-Prawda, daß auf einer industriellen Tagung der Moskauer Großunternehmer die Lage des Reiches folgendermaßen geschildert wurde: „Bei uns herrscht eine Bande politischer Schurlatane. (Stürm. Beifall.) Die Führer der Sowjets führen das Volk der Vernichtung entgegen, und das ganze russische Reich steht am Rande des Abgrunds. Die russische Erde nähmt in den Umarmungen der Genossen, aber bald wird das Volk sie durchschauen und ihnen zurufen: Verräter! (Stürm. Beifall.) — Die wachsende Erbitterung auf beiden Seiten beweist, daß die Koalition der Unternehmer- und Arbeiterkreise in der Regierung nicht halten kann.

Kerensski — Kornilow. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, teilte Nekrasow, Vizepräsident des Ministerrats, einer Anzahl Zeitungen mit, daß die Regierung tiefes Vertrauen zu dem Höchstkommandierenden Kornilow habe und an seiner politischen Neutralität nicht zweifle. Wenn reaktionäre Kreise ihre Hoffnungen auf Kornilow setzten, so würden sie enttäuscht werden. Die Mißverständnisse zwischen der Regierung und Kornilow hätten sich nur auf Fragen der Disziplin bezogen und seien bereits beigelegt; die von dem General gestellten Bedingungen seien zum Teil schon erfüllt. Der Ministerrat sei mit Kornilow vollkommen darin einig, daß ernste und kraftvolle Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kampfkraft des Heeres getroffen werden müßten, ehe neue Katastrophen eintraten. Eine Ersetzung Kornilows durch jemand anders habe niemals in Frage gestanden. (?)

Die Abberufung Kornilows soll, nach der Morning-Post, der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg verlangt und ferner mit Zweidrittelmehrheit beschlossen haben, die Einstellung jeglicher Offensive der russischen Armee zu fordern.

„Republikanisches Zentrum." Wie Svenska Dagbladet aus Haparanda erfährt, hat sich in Rußland unter dem Namen Republikanisches Zentrum ein Verein gebildet, dessen Zustandekommen mit der Reichskonferenz in Moskau zusammenhängen dürfte. Er fordert die Einführung der Ordnung und die Errichtung einer starken Regierungsmacht, die Wiederherstellung der Disziplin in der Armee, die Durchkämpfung des Krieges bis zum siegreichen Ende und die Herbeiführung der konstituierenden Versammlung.

Die Kohlen- und Verkehrsnot. Laut Nowoje Wremja hat der russische Verkehrsminister in einem Zirkulartelegramm sämtlichen Eisenbahnverwaltungen in Rußland mitgeteilt, daß die Streikfreiheit, Kohlen und andere für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes nötige Materialien herbeizuschaffen, in Zukunft immer größer wurde. Augenblicklich könnten nur 45 Prozent des täglichen Verbrauches angeschafft werden. Falls dieser Zustand andauere, müsse aller Verkehr am Ende des Monates eingestellt werden. — Das Personal der Staatseisenbahnen droht mit der allgemeinen Arbeitseinstellung, da ihm die geforderte Gehaltserhöhung nicht bewilligt wurde.

Der Prozeß Suchomlinow.

Petersburg, 2. September. Zeuge Gutschkow, Präsident der 3. Duma, sagte aus: 1908 begriffen die Dumamitglieder vollkommen, daß Rußland am Vorabend von Ereignissen von höchster Wichtigkeit stand, denn die Berichte aller russischen Militärattachés meldeten übereinstimmend Kriegsvorbereitungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Die Dumamitglieder hofften auch, daß, wenn Suchomlinow im Amte bliebe, Rußland überrascht werden würde. Gutschkow erklärte, alle Anstrengungen, die Wervollständigung der Armee zu organisieren, seien auf den Widerstand Suchomlinows, dieser unheilvollen Persönlichkeit der russischen Geschichte, gestoßen. Er schloß mit der Erklärung: Rußland ist in den großen Krieg ohne die geringste Vorbereitung eingetreten, wofür die Schuld vollkommen Suchomlinow zufällt, der der einzige Verantwortliche für alle russischen Niederlagen ist.

Stockholm.

Sozialistischer Notschrei aus Korea. Stockholm, 1. September. Das Konferenzkomitee erhielt aus Schanghai eine Depesche vom Vorstand der Koreanischen Sozialistischen Partei. Diese erklärt nach einer Begrüßung der Bestrebungen zur Herbeiführung des Friedens, daß ebenso, wie die Balkanfrage den jetzigen Krieg hervorgebracht habe, die koreanische Frage den künftigen Krieg hervorrufen würde, wenn Korea der Sklave Japans bleibt. Die Unterzeichner der Depesche fordern Friedensschluß noch im Jahre 1917 und verlangen, daß die Frage eines unabhängigen und durch internationales Uebereinkommen geschützten Koreas auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde.

Freie Fahrt für die Serben. Nach Stockholmer Meldungen haben die Delegierten Serbiens für die Stockholmer Konferenz Laptschewitsch und Kaklarowitsch die Erlaubnis erhalten, durch Oesterreich und Deutschland zu fahren; sie sollen während der Fahrt von einem Geheimagenten beaufsichtigt werden.

Wie der Krieg vertiert.

Die bürgerliche, besonders die kriegshetzerische Presse aller Länder enthält fortgesetzt lange Erzählungen von Scheußlichkeiten und Brutalitäten, natürlich immer nur von den Feinden. Jetzt aber zeigt sich der Fall, daß (in Rußland) die Presse auch über Bestialitäten der eigenen Landsleute berichtet. Es ist das Organ des Kriegsministers: Armee und Flotte des freien Rußlands, das nachfolgenden Bericht über die Vorgänge in Kalusz enthält. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die russische Heeresleitung die Tendenz verfolgt, wieder brutalste Diktaturmaßnahmen in der Armee einzuführen, zu welchem Zwecke ihr natürlich alles dienen muß. Der Bericht lautet:

„Die Stoßbataillone, mit Offiziersketten vor sich, hatten Kalusz genommen. Zur Befestigung der Stellung wurden zwei Infanterieregimenter in die Stadt vorgezogen. Die Brigade ergab sich, ohne auf den Befehl der Offiziere zu hören, sofort der Völlerei und dem Raub. Die Soldaten wälzten sich auf der Erde und schlürften zierlich den in den Rinnsteln fließenden Alkohol. Die Offiziere durchbohrten sie mit ihren Bajonetten. Bolschewistische (hier merkt man die Tendenz, die Reaktionäre zu diskreditieren! Red.) Fähnriche tranken mit dem Soldaten und reizten sie zu Gewalttätigkeiten auf. Die Deutschen beschossen Kalusz. Der Donner der Geschütze wurde tatsächlich übertönt von dem Geschrei der Frauen, die von den Soldaten vergewaltigt wurden, und denen sie die Hände und Brüste abschnitten. Weder Greisinnen noch Kinder wurden verschont. Eine Menge Juden, Polen und Ruthenen hatten, in der Hoffnung, ihr letztes Geld zu retten, ihren minderjährigen Kindern Säckchen mit Geld um den Hals gehängt. Die Soldaten entkleideten und beraubten die Kinder, vergewaltigten sie und vierteilten sie. Auf der Straße waren Maschinengewehre aufgestellt, die alles, was am Leben war, niedermachten. Die Deutschen wußten, was in Kalusz vorging und beschossen es, um es zurückzuerobern. Zwei Schwadronen einer kaukasischen Eingeborenendivision versuchten das Blutbad zu hindern. Sie wurden nicht angehört und mit dem Bajonett bedroht! Der Offizier Dadiani erzählt, daß er bei Betreten eines Hauses die entkleideten Leichen einer ganzen Familie vorfand. Die Soldaten waren gerade im Begriff, eine Frau niederzumachen. Auf seinen Ruf: „Was macht ihr?" antworteten die Soldaten: „Wir suchen ein Maschinengewehr" und bedrohten den Offizier mit ihren Bajonetten. Am nächsten Tag war Kalusz wieder in dem Besitz der Deutschen."

Erdichtete Disziplinlosigkeit. Berlin, 1. September. Die Reihe der tendenziösen Falschmeldungen der russischen Regierung, auf die bereits wiederholt hingewiesen wurde, wird ergänzt durch den russischen Heeresbericht vom 29. August. In diesem Bericht heißt es: In Richtung Focsani griff der Feind am frühen Morgen des 28. August nach Artillerievorbereitung unsere Stellungen in der Gegend Munceului an. Eine unserer Divisionen, die dem Feinde nicht den notwendigen Widerstand leistete, floh in Unordnung und ließ ihre Stellungen im Stich. Demgegenüber sei erklärt, daß die Russen in Wirklichkeit ihre Stellung keineswegs kampflos räumten, sondern daß unser Angriff bei Munceului auf heftigen Widerstand der russischen 14. Division stieß, der erst nach erbitterten Kämpfen gebrochen werden konnte. Durch diese Falschmeldungen versucht die heutige russische Regierung dem russischen Volke immer wieder die Notwendigkeit diktatorischer Vollmachten vor Augen zu führen. (W. T. B.)

•

Eine neue **Vierverbands-Konferenz** wird, wie Corriera della Sera meldet im September in Paris stattfinden. Vertretungen der verbündeten Generalstäbe werden daran teilnehmen.

Italien. Italienische Zensur. Der Avanti teilt mit, daß er von seinem Mitarbeiter Vero den 23. Brief aus Deutschland erhalten habe; er ersehe daraus, daß ihm die letzten 23 von der Zensur vorenthalten worden seien. Drucken durfte übrigens der Avanti auch von dem 38. Briefe nur den Titel und die Unterschrift.

Kammerskrawalle und die Turiner Vorgänge. Ueber die Kammerkrawalle in Turin breitet die italienische Zensur tiefes Schweigen, nur durch Zufall sickern Mitteilungen über sie durch. So begründete die Delegiertenvereinigung der interventionistischen Verbände, die vor einigen Tagen in Rom stattfand, ihren Beschluß, eine erneute Kriegspropaganda zur Hebung der Stimmung zu betreiben, mit den Turiner Vorgängen. Die letzte Fraktionssitzung der italienischen Partei betonte, daß die Turiner Vorgänge die Partei vollkommen überrascht hätten. Diese Ablehnung der Verantwortung lassen die Kriegsparteien nicht gelten, weil die Friedenspropaganda der Sozialisten an den Unruhen schuld sei. Die sozialistische Fraktion forderte übrigens die sofortige Einberufung des Parlaments, die indessen abgelehnt wurde.

Politische Uebersicht.

Die Politik der christlichen Gewerkschaften.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften hat in seiner letzten Nummer erneut programmatische Stellung zu den Problemen genommen, deren Gesamtheit unter dem Namen Deutschlands Neuordnung zusammengefaßt wird. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß Verfassungsänderungen allein die Arbeiterschaft nicht zu befriedigen vermögen. Von unvergleichlich größerer Bedeutung sei, daß die Gestaltung unseres innerpolitischen Lebens der wirklich schaffenden Kräften überantwortet werde. Was die Gewerkschaften für die fruchtbare staatspositive Arbeit bedeuteten, habe der Krieg gelehrt. Nun dürften aber die Gewerkschaften nicht bloß in Zeiten der Not gewissermaßen von außen her an das öffentliche Leben herangeführt werden, sondern sie müßten vollberechtigt mitten darin stehen. Nach dieser Richtung hin täte wirkliche Großzügigkeit not. Der organisierten Arbeiterschaft den gebührenden Platz im Volksleben einräumen — das wäre der bedeutsamste Schritt zu einer die Zukunft sichernden politischen Neuordnung.

Zu diesen Ausführungen nimmt jetzt für das Zentrum die Berliner Germania Stellung, wie man sich denken kann, im wesentlichen ablehnend. Sie faßt den Sinn der Darlegungen des Zentralblattes sehr richtig dahin auf, daß bisher in Deutschland Schwerindustrie, Bankkapital und ganz besonders Großagrartum den öffentlichen Leben ihren Stempel aufgedrückt hätten und daß nun neben ihnen die organisierte Handarbeit zur Geltung kommen wolle. Nicht nebenher und gelegentlich, sondern dauernd und in ihrem ganzen Schwergewicht. Die Gewerkschaften wollten in Zukunft als unentbehrliche Bestandteile unseres wirtschaftlichen Lebens nicht bloß angesehen, sondern auch praktisch beachtet und berücksichtigt werden.

Die Germania macht vor diesem Programm zunächst eine liebenswürdige Verbeugung; sie hat natürlich „volles Verständnis" für die Forderungen der organisierten Arbeiter und „wünscht" ihnen „möglichste" Erfüllung. Aber sie macht geltend, daß die Rechtserweiterung und erhöhte Machtstellung der Arbeiterorganisationen sich nur auf Kosten der bisherigen Stellung des Unternehmertums vollziehen könne. Nun sei die Unternehmerfunktion während des Krieges tief herabgedrückt, weil sie eigentlich nur ein Rohstofflieferant und ein Abnehmer in Frage kommt. Nach dem Kriege aber müsse im Interesse der deutschen Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit auf dem Weltmarkt „das so außerordentlich hoch stehende deutsche Unternehmertum so bald wieder in seine vollen Rechte eingesetzt werden, als es mit den Interessen der Allgemeinheit verträglich ist." Weiter wendet die Germania ein, man müsse erst noch abwarten, ob die Gewerkschaftsleitungen einen Rückschlag in die Staatsfeindlichkeit verhindern könnten und man dürfe die geistigen Schichten des Volkes nicht hinter die unmittelbar produktiven zurücksetzen.

Das sind Nebenbemerkungen. Die Hauptsache ist die, daß das Zentrum eine Machterweiterung der Arbeiterklasse nicht zugestehen will. Hier müssen sich die Wege des Zentrums und der christlichen Arbeiterschaft scheiden. Die christlichen Gewerkschaften werden durch ihre sozialen Erkenntnisse gezwungen, nach dem Kriege mit äußerster Energie weiter für den Staatssozialismus zu werben und zu wirken. Das Zentrum hingegen, in dem gerade in den letzten Jahren kapitalistische Interessen viel stärkeren Einfluß gewonnen haben, als in der Vergangenheit — man denke nur an die Namen Thyssen und Riedemann —, möchte die Zeit kapitalistischer Wirtschafts-„freiheit", die für die Arbeiter Willkür und Ausbeutung bedeutet, verewigen. Darin liegt der Keim für künftige Konflikte, deren Austrag für die christliche Arbeiterbewegung entscheidend sein wird.

Im übrigen zeigt die Germania auch sehr deutlich, was die Regierungssozialisten vom Zentrum, mit dem sie verbündet sind, zu erwarten haben. Im Zentrum brechen immer wieder die großkapitalistischen Interessen durch. Bald genug werden auch die „Christlichen" erkennen, daß sie im Zentrum nichts zu suchen haben, wenn sie ihre Arbeiter-, ihre proletarischen Klasseninteressen vertreten wollen.

Todeserklärung Kriegsverschollener.

Die Todeserklärung Kriegsverschollener ist im Verlauf dieses Krieges mehrfach durch Bundesratsverordnung abweichend von den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (insbesondere des § 15) geregelt worden. Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. August 1917 bringt wieder einige Abänderungen. Danach kann jeder vermißte Kriegsteilnehmer im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden, wenn von seinem Leben ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist. Das gleiche gilt für Personen, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind. Wird der Verschollene seit einem besonderen Kriegsereignis vermißt, so ist dessen Zeitpunkt als der des Todes anzunehmen. Wenn im übrigen die Ermittlungen nicht ein anderes Resultat ergeben, gilt als Zeitpunkt des Todes derjenige, an dem der Antrag auf Todeserklärung zulässig geworden ist. Der Antrag auf Todeserklärung ist dem Staatsanwalt mitzuteilen. Die Aufgebotsfrist muß mindestens einen Monat betragen. Das Gericht kann das Verfahren auf die Dauer von längstens einem Jahre aussetzen, wenn weitere Nachrichten von dem Verschollenen nicht ausgeschlossen erscheinen. Die Entscheidung des Gerichts kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Für das Verfahren werden Gerichtsgebühren nicht erhoben. Für das Gebiet der sozialen Versicherung und der Militär-Hinterbliebenen-Versorgung ist das Verfahren besonders, aber ähnlich, geregelt.

Erhöhung der unpfändbaren Lohnsumme.

Je mehr die Kaufkraft des Geldes sinkt, um so unerläßlicher wird es dem Angestellten und Arbeiter, das Mindesteinkommen sicherzustellen, das ihm für seinen Lebensunterhalt unter allen Umständen bleiben muß. Früher betrug die unpfändbare Lohnsumme 1500 Mk. pro Jahr und schon lange vor dem Kriege wurde ihre Erhöhung gefordert. Aber erst im Juni 1915 hat der Bundesrat den Betrag auf 2000 Mk. eingesetzt, bei dem es bis jetzt verblieben ist. Inzwischen ist durch zahlreiche Eingaben eine Erhöhung gefordert worden. In der Petition der Angestelltenverbände und Gewerkschaftsvorstände betreffend die Forderung für den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft an den Bundesrat und Reichstag wird gefordert, die unpfändbare Lohnsumme auf 5000 Mark zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Entwertung des Geldes ist diese Summe nicht zu hoch gegriffen. Im Reichstag richteten die Abgeordneten Davidsohn und Schmidt eine „kleine Anfrage" an den Reichskanzler, was er in der Frage zu tun gedenke. Darauf antwortete unterm 10. August der Reichskanzler schriftlich, daß nicht zu verkennen sei, daß eine weitere Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse eingetreten ist und daß diese Tatsache den Gedanken einer nochmaligen Heraufsetzung der Pfändungsgrenze nahe legt. Die Prüfung der hierbei in Betracht kommenden Umstände könne indessen nicht einseitig unter dem Gesichtspunkt des Schuldnerschutzes erfolgen, sondern müsse auch den Interessen der Gläubiger, namentlich der kleinen Gewerbetreibenden und der Hausbesitzer, ernste Beachtung zuteil werden lassen. Diese seien in der gegenwärtigen Zeit oft schutzbedürftiger als die Schuldner. Die Erwägungen darüber, ob und in welcher Weise durch gesetzliche Maßnahmen ein Ausgleich der Interessen möglich ist, seien im Gange.

Erfolg der vielgeschmähten Scheidemänner.

Kollege Paul Unger, Elmshorn, schreibt dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes unter anderem aus dem Felde: „Wir werden hier auch demokratisch; wir wählen unsern Küchenunteroffizier vierteljährlich neu und geheim nach dem denkbar freisten Wahlrecht. Außerdem wird jeden Tag ein Mann in die Küche kommandiert; er macht dort etwas Arbeitsdienst und hat die Essen- und Lebensmittelausgabe zu übernehmen. **Auch das verdanken wir der Politik der vielgeschmähten Scheidemänner."**

Der Grundstein veröffentlicht diese Notiz einschließlich der Ueberschrift als — bitteren Ernst.

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichskanzler in Belgien. Das Berliner Regierungsorgan meldet: Der Reichskanzler ist von einer fünftägigen Reise nach Belgien und an die Westfront nach Berlin zurückgekehrt. Der Zweck der Reise war persönliche Information des Reichskanzlers über die Verhältnisse in Belgien und die Stimmung an der Front. In Belgien nahm der Reichskanzler Gelegenheit, über eine Reihe von Fragen mit dem Generalgouverneur zu beraten und mit den Behörden in Verbindung zu treten. An der Westfront besuchte der Reichskanzler die Führer der Heeresgruppen und hatte Besprechungen mit dem deutschen Kronprinzen und dem Kronprinzen von Bayern. — Nun wäre zu wünschen, daß sich der Reichskanzler endlich über die Pläne, die über Belgien bestehen, klar und unzweideutig äußerte.

Höchstpreise in England. Der englische Lebensmittelkollegium Lord Rhondda teilt mit, daß er die wichtigsten Lebensmittel unter seine Kontrolle genommen habe und Höchstpreise festsetzen werde für Weizen und andere Getreidearten, Zucker, Fleisch, Schinken, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Hülsenfrüchte, Schokolade und andere Süßigkeiten, Marmelade und Früchte zu deren Herstellung, Tee und norwegische Heringe. Im freien Handel sollen bleiben Fische, Geflügel, Wild, andere Früchte und Gemüse.

Streichhölzernot in England. Die englischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem großen Mangel an Streichhölzern, die früher hauptsächlich aus Schweden eingeführt wurden. Der Chef einer großen Zündholzfirma in der City sagte aus, daß die eingeführten Bestände dieser Ware vollkommen geräumt seien. In den zwei letzten Jahren habe man zur Einfuhr von platzraubenden Rohstoffen aus fernen Ländern viel Schiffsraum verschwendet, während man ausgezeichnete Streichhölzer zu vorteilhaften Preisen aus so naheliegenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170904-17/fragment/page=0002

Ländern wie Norwegen und Schweden beziehen konnte. Jetzt sei der Mangel da und kaum noch zu beheben.

Gemeindekino. Mehrer Städte Norwegens haben bekanntlich kommunale Lichtspielheater gegründet, die ganz nette Ueberschüsse den Gemeinden zufließen lassen. So hat das Städtchen Stion von ihrem Kinobetrieb des ersten Jahres einen Reingewinn von 32 000 Kronen herausgeholt, die zum Bau einer Volksbibliothek verwendet werden sollen.

Zigarrenrationierung in Dänemark. Die dänische Regierung hat den Verkauf und Ausschank von Wein verboten und eine Bestandsaufnahme über Wein, Tabak, Zigarren und Zigaretten angeordnet. Der Verkauf an Tabak und Tabakwaren ist auf 2000 Kronen für jeden Laden beschränkt worden. Die meisten Zigarrengeschäfte haben daher bereits schließen müssen. Die Verordnungen sind das Vorspiel zu einer wesentlich erhöhten Besteuerung und zu einer Rationierung dieser Genußmittel.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. September 1917.

Möbelnöte.

Zu der Regelung des Holzverbrauches kommt jetzt noch die erneute Meldung von der weiteren Erhöhung der Möbelpreise. Wie man berichtet, haben die Preise der Möbel in jüngster Zeit ihre Bewegung nach oben fortgesetzt. So hat der Verband rheinisch-westfälischer Möbelfabriken den Teuerungszuschlag auf 300 Prozent erhöht, der Verband südwestdeutscher Möbelfabriken um 200 Prozent. Wie verlautet, beabsichtigt der letztere Verband eine weitere Erhöhung seiner Verkaufspreise, um diese mit den gesteigenen Rohstoff- und Betriebskosten mehr in Einklang zu bringen.

Man regt deshalb die öffentliche Bewirtschaftung gebrauchter Möbel an. Diese Frage wird in einer Zuschrift in Parteizeitungen jetzt ausführlicher behandelt:

„Die Altkleiderstellen müßten dahin ergänzt werden, daß auch überflüssige Möbel angekauft und aufgeschafft würden. Doch dürften die angesammelten Möbel keineswegs möglichst bald und möglichst teuer wieder abgesetzt werden, sondern man sollte sie aufbewahren bis zu dem Augenblick, wo unsere Gefangenen, Rückwanderer, Internierten aus dem feindlichen und neutralen Ausland zurückfluten und die Soldaten heimkehren. Die vielen Kriegsgetrauten, die die Gründung des eigenen Heimes hinausschieben, sehnen sich nach eigenen vier Wänden. Nicht jeder kann bar sich eine neue brandleere Wohnungseinrichtung leisten. Es besteht die Gefahr, daß die jungen Leute in Abhängigkeit von Abzahlungsgeschäften geraten. Besonders bei dem allseitigen Mangel an Rohmaterialien muß jedes alte Stück als Wertgegenstand angesehen werden. Hier wäre die Möglichkeit, gediegene, gut hergerichtete, gebrauchte Möbel für nicht zu hohen Preis zu erwerben, ein weittragender Segen. Bei späterem guten Verdienst könnten die jungen Eheparre sich immer noch die alten Möbel gegen neue eintauschen. Um mißbräuchlichem Weiterverkauf vorzubeugen, könnte sich das gemeinnützige Möbellager das Rückkaufsrecht wahren.

Eine gleiche Aufgabe wurde diese gemeinnützige Ansammlung von Möbeln gegen die Auslandsdeutschen erfüllen, die draußen alles, auch ihre Möbel verloren haben. Auch ihnen muß man möglichst bald zu einem eignen Heim verhelfen, denn bis die Schadenersatzansprüche anerkannt und ausbezahlt werden, wird es allzu lange dauern, abgesehen davon, daß Geld kein Material ersetzt. Auch ihr Los läßt sich mildern, wenn ihnen von den angesammelten Möbeln einige miet- oder vorschußweise überlassen werden könnten. Dadurch, daß der Krieg so viele Familien zwingt, die Wohnung aufzulösen oder zu beschränken, werden viele Möbel frei, die, angekauft oder auch geschenkt, den Zentralen zufallen und damit der gewerblichen Spekulation auf Kosten unglücklicher Volksgenossen entzogen werden. Sowohl diejenigen, die infolge veränderter Verhältnisse Möbel, Betten, Hausrat verkaufen müssen, als diejenigen, die Möbel zur Gründung eines Heimes brauchen, können dadurch vor Ausbeutung ihrer Notlage geschützt werden. Ein gebrauchtes Möbelstück ist kein getragenes Kleidungsstück und hat für mehrere Generationen Wert gehabt.

Wer diese Möbelsammelstellen anregt und einheitlich gestaltet, ist im Grunde gleichgültig, denn die Hauptsache bei einer notwendigen Einrichtung ist und bleibt, daß sie geschaffen wird. Die für Ankauf der Möbel vorgestreckten und angelegten Gelder sind durchaus als rentierliche zu betrachten; denn grundsätzlich dürfen die Möbel nur gegen Rückerstattung der Selbstkosten und Auslagen, Ankauf, Wiederherrichtung, Lagern, abgegeben werden. Vorstandsverbände und Gemeinden, die ihre Schützlinge durch Beschaffung von Möbeln fördern wollen, können sie von der dann in jeder größeren Gemeinde vorhandenen Möbelzentrale käuflich erwerben."

Forderungen in den Industriedörfern.

Auf Veranlassung der Parteigenossen, die uns vor einigen Tagen den Notstand in der Lebensmittelverteilung der Gemeinden Ammendorf, Radewell und Osendorf darlegten, sind jetzt für die kommenden Gemeindevertretersitzungen, um praktisch vorwärtszukommen, folgende Anträge veranlaßt worden:

1. Der Gemeindevorstand möge mit den zum Zweckverband verbundenen Gemeinden bei der Kreisverteilungsstelle darauf dringen, daß für die Orte Ersatznahrungsmittel als: Graupen, Grieß, Haferflocken, Heringe und ähnliche Waren in Größeren angeliefert werden und diese Waren an Hand von Kundenlisten an die Einwohnerschaft zur Verteilung gelangen.

2. Für Kohlenlieferung möge der Zweckverband dahin wirken, daß der durch das Kohlensteuergesetz der bedürftigen Bevölkerung zugestandene Steuernachlaß von 10 Prozent für die Orte des Zweckverbandes zugestanden wird.

3. Der Zweckverband möge bei der Kreisverteilungsstelle dahin wirken, daß der Verband nicht als flaches Land beliefert wird, sondern als Industrieort.

Für Osendorf ist außerdem noch beantragt:

Der Gemeindevorstand möge an Stelle des zum Militär eingezogenen Herrn Paul Schmidt einen Vertreter der dritten Gemeindewählerabteilung als Mitglied in den Ernährungsausschuß wählen.

Während in Ammendorf und Radewell die Anträge von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern eingebracht werden, mußten in Osendorf, wo alle Arbeitervertreter im Felde stehen, Unterschriften aus der Gemeinde gesammelt werden. In jedem Falle werden aber die Einwohner gut tun, wenn sie an den nächsten Gemeindevertretersitzungen als Zuhörer teilnehmen, um zu erfahren, was man zu ihren Nahrungssorgen sagt.

Neue Bekanntmachungen.

Nährmittel für Kinder werden morgen in der Talamtschule weiter auf Nr. 38 501 bis 49 000 verkauft.

In den Fischgeschäften kommen vom Magistrat zugeteilte Rollmöpse und Heringe in Bouillon zum Verkauf. Siehe die Bekanntmachungen.

Die Ziegen müssen nach einer Bekanntmachung nunmehr beim Lebensmittelamt angemeldet werden.

Nudeln. Kleinhandelsgeschäfte, die Kundenlisten eingerecht haben, werden aufgefordert, Teigwaren bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardstraße 20, abzuholen. Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit dem Buchstaben: A bis F am Mittwoch, dem 5. September, G bis K am Donnerstag, L bis R am Freitag, S bis Z am Sonnabend.

* **Höchstpreisüberschreitung durch Militärbehörden?** Der preußische Staatskommissar für Volksernährung teilt durch Rundschreiben mit, daß neuerdings von einer Gemeindebehörde Klage darüber geführt wurde, daß Militärbehörden bei ihren Einkäufen die vorgeschriebenen Höchstpreise sowie die festgesetzten Erzeugerhöchstpreise nicht beachten. Durch einen solch allgemein gehaltenen Hinweis lasse sich nichts erreichen, vielmehr sei der vorkommenden Fällen dieser Art der betreffende Truppenteil festzustellen und die Angelegenheiten dem stellvertretenden Generalkommando zu übergeben. — Auch in unserem Bezirke wurde des öfteren Klage geführt, daß die Militärbehörden sich nicht an die Höchst- und Erzeugerhöchstpreise hielten. Die Bezirkspreisstelle ersucht daher, bei etwa eintretenden Fällen unter genauer Bezeichnung des Truppenteils Mitteilung zu machen. — Wir erinnern in dieser Verbindung noch daran, daß die Ueberschreitungen doch meist in indirekter Weise durch Aufkäufer erfolgt. Aus einer Gerichtsverhandlung in Erfurt ergab sich erst dieser Tage ein Bericht bemerkenswerter Einzelheiten über dieses Verfahren.

* **Schundschuhe.** Die Schuhhändler selber klagen über die Ware, die ihnen jetzt als Schuhe mit Holzsohlen überwiesen werden. Ein Münchener Schuhhändler hat ein Paar dieser Schuhe öffentlich ausgestellt, das eine Kriegersfrau für 17,80 Mk. gekauft hatte. Anscheinend hat das Oberleder zum mindesten über den Leisten gezwickt und auf der inneren Fläche der Holzsohle befestigt wäre, damit das Wasser nicht direkt zwischen Sohle und Oberleder in den Schuh eindringen kann, ist hier das Oberleder einfach an den äußeren Rand der unbiegsamen Holzsohle angenagelt. Wie der Schuh nach eintägigem Tragen aussieht, davon kann sich jedermann überzeugen. Der Schaft ist bis zu zwei Drittel von der Sohle getrennt, die Holzsohle zeigt an verschiedenen Stellen Sprünge, die durch das Einschlagen der Nägel hervorgerufen sind. Da ist denn doch die Frage am Platze, wohin soll das führen, wenn derartiges Schuhwerk mit Wissen der zuständigen Reichsstellen hergestellt werden darf?

* **Das Abpflücken der Kastanien verboten!** Es wird darauf hingewiesen, daß nach der gestrigen Bekanntmachung das Abwerfen und Sammeln von Kastanien von jetzt an verboten ist, da sie beschlagnahmt sind. Die Eltern haften für den Schaden, der durch die Kinder verursacht wird.

* **Aufhebung des Verbots der Drahtheftung.** Bücher und Hefte zur Benutzung in den Schulen durften bisher nicht gekauft werden, wenn sie mit Draht geheftet waren. Bei der jetzigen Knappheit an Baumwolle und Leinennähfäden ist es nicht möglich, diese Anordnung durchzuführen. Der Unterrichtsminister hat deshalb jetzt das Verbot der Drahtheftung aufgehoben. Es gilt dies vorläufig für die Dauer des Krieges und das nächstfolgende Jahr, so daß also beim Einkauf mit Draht geheftete Bücher und Hefte nicht mehr zurückgewiesen werden dürfen.

* **Eine Volksvorstellung im Stadttheater** findet nächsten Sonntag nachmittag nach langer Pause wiederum statt. Zur Aufführung kommt das Schauspiel Flachsmann als Erzieher von Otto Ernst, das sehr sehenswert ist. Eintrittskarten sind im Albertsekretariat, Harz 42/44, zum Preise von 25 bis 65 Pf. zu haben.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, wird Goethes Iphigenie auf Tauris zum ersten Male wiederholt. Morgen, Mittwoch, findet eine Aufführung von Lortzings Undine statt; die Titelpartie singt Anna Engbardt. In der am Donnerstag stattfindenden Erstaufführung von Ibsens Gespenster, unter der Spielleitung von Leopold Sachse, werden sich Olga Biedermann in der Rolle der Frau Alving und Max Monato in der Rolle des Tischlers Engstrand zum ersten Male vorstellen. — Der Kammersänger Oskar Bolz wird in der am Sonntag, den 9. Sept. stattfindenden Aufführung von Richard Wagners Tannhäuser in der Titelpartie gastieren.

* **Im Volkspark** findet morgen, Mittwoch, am Nachmittag wiederum das gut eingeführte Vereinsfreikonzert statt. — Am Abend bietet der Turnverein Fichte einen Konzert- und Unterhaltungsabend. Wir weisen hiermit auf den Besuch der beiden Veranstaltungen hin.

* **Bad Wittekind.** Die aktive Kapelle des Mansf. Feldart.-Regiments 75 war auf kurze Zeit vom Kriegsschauplatz nach ihrer Garnison Halle beurlaubt worden, um hier für die Hinterbliebenen gefallener Fünfundsiebziger eine Anzahl Wohltätigkeitskonzerte zu veranstalten und noch einige andere Konzerte zu geben. Der Urlaub läuft nun ab und die Kapelle muß zu ihrem Truppenteil an die Front zurückkehren. Aus diesem Grunde findet morgen, Mittwoch, abends 7½ Uhr, in Bad Wittekind unter der Leitung des Obermusikmeisters C. Steuer ein Abschiedskonzert statt.

* **Von der Fernbahn tödlich verletzt.** Am Sonntag vormittag liefen vor dem Häuserblock auf der Merseburger Chaussee am Rosengarten drei Kinder unversehens aus dem Straßengraben heraus, augenscheinlich, um sich an den Anhängewagen eines von Ammendorf kommenden Fernbahnzuges anzuhängen. In diesem Augenblicke kam auf dem anderen Gleise der Fernbahnzug von Halle nach Ammendorf und erfaßte und verletzte tödlich den etwa sechsjährigen Walter Arbeiter, Merseburger Chaussee 6a wohnhaft, der vor den Motorwagen lief. Die übrigen Kinder kamen mit dem Schrecken davon.

Die Kreisfleischstelle gibt bekannt: Gemäß der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 3. bis 9. September als Wochenmenge etwa 200 Gramm Fleisch oder Wurst auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Saalkreises zur Verteilung. Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte. Die hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Von der Reichsfleischkarte werden die Abschnitte A bis K für den Empfang des Schlachtviehfleisches und der Wurst bestimmt. Von den Kinderfleischkarten gelten die Abschnitte A bis E.

Der Preis für ein Pfund Hammelfleisch wird in Abänderung der Kreisausschuß-Bekanntmachung vom 21. August auf 2,30 Mk. festgesetzt.

Diemitz. Die Sitzung der Gemeindevertretung wurde eröffnet mit einigen Mitteilungen über Ablieferung von Metallgegenständen aus den Gemeinderäumen. Kündigung des Pachtvertrags mit dem Reklamebetrieb Detich. Inkrafttreten der Reichsgetreideordnung und insbesondere der Haftpflicht der Gemeinde für ordnungsmäßige Verwahrung und vollständige Ablieferung des Getreides der in der Gemeinde ansässigen Besitzer. Zur Tagesordnung wurde beschlossen, eine weibliche Aufsichtsperson für die Friedhöfe und die Instandhaltung der Wege anzunehmen. Die Friedhöfe sind nur noch in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags oder bis zum Eintreten der Dunkelheit geöffnet, um dadurch Ausschreitungen Jugendlicher einschränken zu können. Die Gemeindevertretung stimmte einer von Diakonissenhause gewünschten Aenderung des mit diesem abgeschlossenen Vertrages und der Bewilligung einer Entschädigung an eine freiwillige Hilfskraft für das Kinderheim zu. — Die auf dem Klärwerk auszuführenden Bau- und Wasserleitungsarbeiten sowie die Herstellung einer Wasserleitung in der Straße zum Klärwerk wurden an die Unternehmer Lücke und Elze vergeben. — In Rücksicht auf die zunehmende Dunkelheit beschloß die Versammlung, die Straßenbeleuchtung wieder in Betrieb zu setzen; es sollen jedoch nur die Nachtlampen brennen, und zwar nur bis 11 Uhr nachts; frühmorgens sollen zunächst keine Lampen mehr brennen. — Weiter bewilligte die Gemeindevertretung nachträglich die für die Beschaffung der dem Turnverein zu seiner 25jährigen Jubelfeier überwiesenen Geräte entstandenen Kosten. Ebenso fand die Berücksichtigung der Ortsspannung betr. die Wasserleitung die Zustimmung der Versammlung. Eine lebhafte Erörterung führte die Frage der besseren Milchversorgung durch Futtermittelbeschaffung herbei. Das Ergebnis war, daß von der Beschaffung von Futtermitteln angesichts der Minderwertigkeit der angebotenen Waren Abstand genommen werden müsse. — Im Anschluß hieran ermächtigte die Gemeindevertretung die Verwaltung, größere Mengen Weißkohl zu beschaffen und einen Teil davon zu Sauerkraut verarbeiten zu lassen, sowie ferner eine größere Menge Saatkartoffeln abzuschließen. — Die Beschaffung von Unterwäsche für die weniger bemittelte Bevölkerung fand nachträgliche Zustimmung. — Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildete die Bewilligung von Teuerungszulagen für Gemeindeangestellte.

Dölau. Ein zu hoher Kartoffelpreis, nämlich 12 Pf. fürs Pfund, wird hier bis jetzt immer noch gefordert. Der Erzeugerhöchstpreis ist nur 6½ Pf., so daß fast 100 Proz. Aufschlag herauskommen. In anderen Orten kosten das Pfund Kartoffeln 8 bis höchstens 10 Pf und das schon seit Anfang der vorigen Woche. Weshalb sollen denn die Dölauer Einwohner die Wohltat der mäßigeren Preise nicht genießen.

Wettin. Eine wesentliche Erhöhung des Brückengeldes hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen: Der Magistrat schlug der Versammlung, vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung nachstehenden Tarif vor: Personen für den Uebergang 5 Pf., Handwagen 5 Pf., für ein Pferd 10 Pf., Rind oder Esel 10 Pf., 10 Stück Federvieh 5 Pf., Kleinvieh 5 Pf., ein Fuhrwerk beladenes 30 Pf, dasselbe unbeladen 15 Pf., Kraftwagen über 4 Sitze 60 Pf., unter 4 Sitze 30 Pf., Kraftwagen ohne Gummi 60 Pf., mit Gummi 66 Pf., Lastautos beladen 60 Pf., leer 30 Pf., dieselben ohne Gummi beladen 80 Pf., leer 60 Pf., für Personen und fl. Fahrrad sollen 5 Pf. erhoben werden. Das Brückengeld bildet einen wesentlichen Teil der städtischen Einnahme. Die gleiche Vorlage beschäftigte die Versammlung bereits in der Junisitzung. Sie wurde damals mit der Begründung abgelehnt, daß die Regierung kaum ihre Zustimmung zur Erhöhung erteilen würde. Die Versammlung stellt sich heute auf einen anderen Standpunkt. Sie geht davon aus, daß die Preise für Beschaffung von Brückenbelag ebenso wie die Reparaturkosten und Arbeitslöhne ganz andere Ausgaben verursachen, als bei Genehmigung des gegenwärtigen Tarifs vom Jahre 1895 der Fall war. Weiter ist der Umstand maßgebend, daß die Ueberfahrtsstellen ober- und unterhalb Wettins dreifache Preise erheben. Vor allem aber fällt in die Wagschale, daß nach dem Kriege die Brücke einer Reparatur unterzogen werden muß, die viele Tausende kostet.

Jetzt, wo alles verteuert, wollen die Wettiner eben auch nicht mehr zurückstehen. Daß sie den Verkehr damit behindern und sich selbst das Leben verteuern, ist aber wohl nicht genügend beachtet worden. Hoffentlich erteilt die Regierung nicht die Zustimmung zu dieser Verteuerung.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Zweifelhafter Handel mit Brotaufstrich. Wegen unerlaubten Handel mit Lebensmitteln und übermäßiger Preissteigerung hatte sich ein Maschinist K. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte kaufte im April dieses Jahres von einer Firma 20 Zentner Fruchtmus, das Pfund zu 90 Pfennig und verkaufte es an die Hallische Pfännerschaft zu 1,20 Mark das Pfund weiter. Die Marmelade ging in Gärung über und der Angeklagte mußte den größten Teil wieder zurücknehmen. Der Amtsanwalt beantragte für den ersten Fall 2000 Mk., für die übermäßige Preissteigerung 1000 Mk., insgesamt 3000 Mk. Geldstrafe. Der Verteidiger wies darauf hin, daß der Handel mit Marmelade, kondensierter Milch usw. ein größeres Risiko bedinge und daß in der jetzigen Zeit diese Dinge trotz scheinbar bester Qualität in Gärung übergingen. Außerdem betrage nach Abzug der Unkosten der Nettogewinn nur 20 Prozent. Das Gericht erkannte auf 500 Mk. Geldstrafe, wovon 400 Mk. auf unerlaubten Handel und 100 Mk. wegen übermäßigen Gewinn kamen.

Kriegstrauung mit Hindernissen. Der Landwirt und Nationalökonom Friedrich Bellina hatte sich wegen Freiheitsberaubung in fortgesetzter Handlung vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der 46jährige Angeklagte, der bei seiner Mutter wohnte, hatte deren Dienstmädchen die Erlaubnis verweigert, mit ihrem jetzigen Mann die Kriegstrauung einzugehen. Außerdem hatte er veranlaßt, daß die Fenster zugebunden und die Gartentür verschlossen wurden, so daß es dem Mädchen nicht einmal möglich war, mit ihrem Bräutigam einige Worte zu reden. Das Mädchen mußte erst auf Veranlassung des Bräutigams durch die Polizei herausgeholt werden. Der Amtsanwalt beantragte 200 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 100 Mk.

Falsche Versammlungsmitteilung. Ein Schneidermeister hatte einer hiesigen Firma nachgeredet, daß sie verkürztes Pflaumenmus in Handel bringe. Diese Worte wurden im Bürgerverein weitergetragen und der Schneidermeister mußte sich deshalb vor dem Schöffengericht verantworten. Der Amtsanwalt beantragte 50 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 30 Mk.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Unsere Bewegung in Köln. Von der raschen Vorwärtsentwicklung unserer Parteiorganisation in Köln zeugte die Generalversammlung des dortigen Parteivereins. Sie war gut besucht, während die Rheinische Zeitung von der kurz zuvor tagenden Generalversammlung der Mehrheitsorganisation berichtete, daß sie mäßigen Besuch aufwies. Der provisorische Vorstand hob in seinem Berichte hervor, daß in Anbetracht der äußerst schwierigen Verhältnisse am Orte der Mitgliederzuwachs recht gut sei. Die erste öffentliche Versammlung mit dem Genossen Herzfeld als Redner habe die Rheinische Zeitung gezwungen, ihre Taktik des Totschweigens, die sie gegen die unabhängige Organisation übte, aufzugeben. Leider konne man den Entstellungen im Berichte der Rheinischen Zeitung nicht in eigener Presse entgegentreten. Die Kassenverhältnisse sind infolge des stetigen Mitgliederzuwachses in guter Entwicklung. In der lebhaften Aussprache tendenzielle Redner einmütig auf dem Standpunkte, daß eine Einigung mit der Abhängigen in ihrem Sinne einfach unmöglich sei. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisher provisorisch wirkenden Mitglieder. Freiwillige Beiträge von 20 und 15 Mk., von den Genossen H. B. und D. aus dem Felde, werden hiermit dankend quittiert.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent W. K. Das Gericht ist von den Vorstrafen unterrichtet.

C. W., Neumarkt. Ueber die Verlegung der sächsischen Regimenter in früheren Jahren sind wir auch nicht unterrichtet.

Amtliche Wetteransage.

Mittwoch, den 5. September: Ziemlich heiter, trocken, tagsüber wärmer.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten Paul Hennig; Feuilleton, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Doß; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilh. Koenen; Anzeigen Wilhelm Hertig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Halleische Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle

Helft durch Abgabe Eures Goldschmuckes unsere Kampfmittel stärken und den Krieg verkürzen. 938

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191709 04-17/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.
Anfang 8 Uhr. 1705

Der grosse Operetten-Schlager:

„Die geschiedene Frau"

Operette in 3 Akten von Viktor Léon.

Musik von Leo Fall.

Hauptgesänge:
1. Kind, du kannst tanzen wie meine Frau!
2. Gonda, liebe kleine Gonda, Komm und heirat' mich ein bischen!
3. O Schlafkoupee, o Schlafkoupee, o wärst du heute mein!
4. Man steigt nach!
5. Kinder, ihr kommt mir so sonderbar vor!
6. O seliger Ehestand!

Tageskasse von 10—1½ u. 4—6.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, 5. September, nachm.:

Verwundeten-Frei-Konzert.

Abends 8 Uhr:

Konzert- u. Unterhaltungs-Abend

des Turnvereins „Fichte".

1733 Die Geschäftsleitung.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr. 1702

Täglich: **Künstler-Konzert.**

Ergebenst ladet ein Frau Elsa Both.

Konsum-Verein Vorwärts f. Schkeuditz u. Umg.
(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Montag, den 17. September 1917, abends ½9 Uhr im „Lindenhof":

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. Genehmigung der Bilanz, sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Ueberschusses. Entlastung des Vorstandes.
2. Bericht über die stattgefundene Revision.
3. Ersatzwahl für die ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsrats-Mitglieder.
4. Verschiedenes. 4986

Anträge der Mitglieder müssen bis zum 9. ds. Mts. in den Händen des Vorstandes sein.

Der Vorstand.
J. V.: Karl Mittag. Anna Hübler. Adolf Kluge.

1788 **Kaufe**
und zahle höchste Preise für
ausgekämmtes Haar.
Zopf-Siebert,
nur Leipzigerstr. 33 u. 79, I.

Handarbeiten
vorgezeichnet und fertig.
Vorteilhafte Preise. 1731
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Hafer-Nährmittel-Verkauf auf besondere Bezugskarten für Kinder bis zu 12 Jahren

in der Talamtschule: Mittwoch den 5. September 1917.

Zum Kaufe berechtigt sind die Nummern der Lebensmittelscheine 38 501—43 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 43 501—49 000 nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie Inhaber des Abschnittes B der besonderen grünen Warenbezugskarten sind.

Für jeden Abschnitt kann ½ Pfund zum Preise von 28 Pfg. verabfolgt werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!

Halle, den 4. September 1917. **Der Magistrat.**

In den einschlägigen Geschäften kommen vom Mittwoch ab **Rollmöpse**, das Pfund zu 2.80 M., zum Verkauf. Für jede Person eines Haushaltes darf höchstens ¼ Pfund nur gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheines abgegeben werden. Die Verkäufer haben gemäß der Verordnung des Magistrats vom 28. Juli 1916 den Buchstaben M (Marinaden), das entnommene Gewicht und das Datum unter Rubrik C des Lebensmittelscheines mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift einzutragen. Diejenigen Personen, welche bei dem diesmaligen Verkauf keine Rollmöpse bekommen haben, werden bei dem nächsten Verkauf berücksichtigt werden.

Halle, den 4. September 1917. **Der Magistrat.**

Heringe in Bouillon.

Es sind größere Mengen Heringe in Bouillon eingetroffen, die in den einschlägigen Geschäften zum Verkauf kommen. Die Ware ist so fett, wie Oelsardinen. Die 1 Pfund-Dose kostet nur 2.90 M.

Halle, den 4. Septembe 1917. **Der Magistrat.**

Anstalten, Betriebe, Vereine und Personen, welche im Stadtgebiete Halle **Ziegen halten**, werden hiermit angewiesen, binnen acht Tagen dem Stadt-Ernährungsamte, Abteilung II, schriftlich hiervon Anzeige zu machen. In der Anzeige ist anzugeben die Anzahl der Tiere, und zwar getrennt nach Ziegen, Ziegenböcken und Ziegenlämmern, der Standort der Tiere und die Zahl der Angehörigen des Haushaltes, in dem die Tiere gehalten werden.

Wer die Auskunft nicht oder unrichtig erteilt, ist nach § 17 der Verordnung über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 und 4. November 1915 strafbar.

Halle, 4. September 1917. **Der Magistrat.**

Alte Promenade 11a — U.T. — Leipzigerstrasse 88
Fernspr. 5738. Fernspr. 1224.

„Das Fischerres'l von Tegernsee".
Lebensbild aus den bayrischen Bergen.
— 3 Akte. —
Vorführung: 5.00, 7.10, 9.30.

„Er soll Dein Herr sein!"
Filmschwank.
Hauptrolle:
Herbert Paulmüller.

„Die Reise in der Luftdroschke". Tragikomödie mit **Knoppchen.**

Mittwoch und Donnerstag von 3—5 Uhr:
Jugend-Vorstellung

Viggo Larsen
in dem Drama 1736
„Frank Hansens Glück"
— 3 Akte. —
Vorführung: 4.50, 7.00 und 9.20 Uhr.

Paul Heidemann
in dem Lustspiel:
„Ein Jagdausflug nach Berlin".
8 Akte goldigen Humors.

„Baden—Baden"
Herrliche Naturaufnahme.

In beiden Theatern:
Die neuesten Kriegsberichte.

Bio 1740
Gr. Ulrichstraße 57.

Mittwoch — Freitag, ab 4 Uhr nachmittags:
Das grosse Detektiv-Drama

Es ist nichts so fein gesponnen.
Kriminalistische Enthüllungen in 5 Akten.

Als Haupt-Darsteller:
Egede Nissen, Friedrich Zelnik.

Apollo-Theater.
Tägl. ab 8.10 Uhr: Gastsp. von
Willi Schenk's
1741] Operett.-u. Possen-Bühne.

„Mutter Grübert"
Volksstück mit Gesang in 3 Akt. v. Schwarz-Reiflingen.

Willi Schenk, der beliebte Künstler, in einer seiner besten Charakterrollen a. Ad. Grübert.

Fritz Tachauer, d. bekannte Komiker d. M. Walden-Ensembl., a. G. i. d. Rolle d. Fedor Griebenau.

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
Mittwoch den 5. September 1917:

Undine.

Romantische Oper in 4 Aufzügen von Albert Lortzing. 1732
Anf.: 7½ Uhr. Ende: 10½ Uhr.

Donnerstag den 6. Septbr. 1917:
Gespenster.

1737

Kaufe bei H. Elkan. 1739

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen

echten Straussfedern

Der reizende einzig feine Damenhutputz, Sommer u. Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [937

— Ich liefere unter Nachnahme in **Tiefschwarz und Schneeweiss**

Länge ca. 36 cm, Breite ca. 13 cm, zu 2.50
„ „ 39 „ „ „ 15 „ „ 3.25
„ „ 46 „ „ „ 17 „ „ 6.00

Zurücknahme nach Stägiger Probe!

Pracht-Katalog in künstlerischer Ausführung, grösste Auswahl in Straussfedern, Straussfedern-Kränze u. Reiher, sehr lehrreich, von großem Werte für alle Damen, versende ohne Kaufzwang an jedermann umsonst und postfrei.

Viele Auszeichnungen hoher Herrschaften

Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstr. 21 a.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

---

10 St. weiße Kücken
zu verkaufen. Max, Landsbergerstraße 13, p. 1729

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender
Veranstaltungen
der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag, d. 7. September, pünktlich abds. 9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Mandolinen-Abteilung: Jeden Donnerstag abend beim Turngen. Kraft: **Uebungsstunden.**
Mittwoch den 5. September, abds. 8 Uhr, im Volkspark: **Konzert-Unterhaltungsabend.**

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
6. September: Versammlung im Gewerkschaftshaus.
9. September: Tagestour durch das Weißdatal. Abfahrt: 6.05 b. Oberröblingen. Kosten 1.50 M.

Saubere, unabhängige Aufwartung gesucht. 1734
Heilstrasse 14, II. rechts.

Bad Wittekind
Mittwoch, d. 5. Septbr. 1917, abends 7½ Uhr:

Abschieds-Konzert

der nach der Westfront zurückkehrenden,
aktiven Kapelle des Mansfelder Feldartillerie-Regts. No. 75.
Leitung:
Königl. Obermusikmeister
*941 **Karl Steuer.**
Eintrittspreis 35 Pf., Dauerkarten giltig.

Bettfedern
jetzt noch billig 1649
Fr. Gronau,
Barfüßerstr. 16.

Siegreich
brennende
Kriegs-Zigarren
in **Feldpostbriefen**
(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)
empfiehlt in bekannter Güte
J. Sanow
Nachf. (H. Spengler),
Geiststrasse 5.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.
Halle a. d. S., Harz 42/44.

1730
Mittwoch. Freibank. Mittwoch.

7 Uhr:	6101—6200	11 Uhr:	6501—6600
8 „	6201—6300	12 „	6601—6700
9 „	6301—6400	1 „	6701—6800
10 „	6401—6500		

Schleiferei und Reparaturen
von **Rasiermesser, Scheren, Taschenmesser etc.** werden wieder angenommen und schnellstens ausgeführt.
Empfehle mein gutsortiertes Lager von **feinen Solinger Stahlwaren.** *940
Geiststrasse 55. Max Turner, obere Leipzigerstrasse 66.

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Nebenerwerb. Erwerb durch: **Postkartenverkauf,** *936
100 Stck von Mk. 1.50 an. 100 sortierte Landschaften, patriot. Goldglanz-, Geburtstags-, Künstler-, Liebes-, Konfk. usw. Mk. 3.20. 100 wunderbare Künstlerkarten 3.50 und 5.50 Mark. 90 Stück oder 15 reizende Liebesserien in Chromobrom 3.20 Mk. (5—20 Pfennig-Verkauf). Viele Anerkennungen. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig. 293.

Hobler, Dreher, Schlosser
gesucht. *942
Maschinenfabrik Feller, Berlinerstraße 4.

---

100 Häklerinnen
(für Heimarbeit).
Zu melden: Dienstag und Donnerstag von 4—6 Uhr.
Aufwartungen u. Dienstmädchen
werden gesucht vom *932
Städtischen Arbeitsamt, weibliche Abteilung, Leipzigerstraße 16 I.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres so plötzlich dahingegangenen Sohnes

Otto

im Alter von 18 Jahren, sagen wir allen Freunden und Bekannten, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unseren herzlichen Dank. Dank Herrn Pastor Nebelung und Herrn Lehrer Schröder nebst Schuljugend. Dank der Genesungs-Kompagnie des Füsilier-Bataillons 36, die ihn zur Ruhestätte trugen. Dank den Jünglingen und Jungfrauen aus Lochau und Weseritz für das ehrende Geleit.

Lochau, den 4. September 1917.

In tiefer Trauer:
*939 **Familie Starke nebst Angehörigen.**

Du warst so jung und starbst zu früh,
Doch wir vergessen Deiner nie!

Arbeiter, Hausfrauen!

Erinnert bei Euren Einkäufen die Geschäfts-Inhaber an ihre Pflicht, im **Volksblatt** zu inserieren, wenn sie auf Euch als Käufer rechnen wollen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170904-17/fragment/page=0004

Ums tägliche Brot.

Kartoffel-Liebesgabe!

Der Kartoffelpreis 10 Mk. der Zentner?

Ueber die Gestaltung der Kartoffelpreise im Winter macht der Hannoversche Volkswille Angaben, die über den Kurs von Waldow in der Ernährungsfrage keine Zweifel mehr lassen. Danach ist zunächst einmal in der Provinz Hannover der Preis für Herbstkartoffeln ab 15. September auf sechs Mark pro Zentner festgesetzt worden. Im Reiche aber sind Bestimmungen getroffen worden, die auch bei der Kartoffelversorgung Liebesgaben für die Erzeuger ähnlich den Druschprämien einführen. Für die Zeit vom 15. September bis 15. Dezember ist **eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pf. für den abgelieferten Zentner Kartoffeln** festgesetzt worden. Dazu kommt eine Verladungsprämie von 5 Pf. und außerdem eine Ausfuhrprämie von 5 Pf. pro Zentner und Kilometer, gerechnet nach der Entfernung Hof—Bahnhof. Diese Prämien sollen von den Abnehmern, also **von den Stadtverwaltungen, getragen werden.** Für sie würde sich also der Preis pro Zentner an der Verladestelle zusammensetzen aus dem **Grundpreis von 6 Mk., 35 Pf. Kommissionsgebühr, 50 Pf. Schnelligkeitsprämie, 5 Pf. Verladungsprämie und vielleicht 20 bis 80 Pf. Ausfuhrprämie, so daß ein Preis von etwa 7,50 bis 8 Mk. für die Kartoffeln** ohne Fracht bis zur Eisenbahnstelle entsteht. Hierzu kommen nun die Kosten für Fracht, Abfahrt vom Bahnhof und Abtragen in den Keller, und sonach werden wir im vierten Kriegswinter für Kartoffeln **pro Zentner vielleicht 10 Mk. oder mehr zu bezahlen haben.**

Die Agrarier können sich über den „neuen Kurs" wahrlich nicht beschweren. Sie haben unter Batocki die ganz ungerechtfertigte Druschprämie eingesteckt, eine Liebesgabe, die für manche Großgrundbesitzer 50 000 Mk. und mehr betragen hat, jetzt gesteht ihnen das Regime von Waldow Kartoffelliebesgaben zu, die angesichts der guten Ernte gänzlich unberechtigt sind. Für was ist denn das Reichsernährungsamt ins Leben gerufen worden? Das Höchstpreissystem, das jetzt bei den wichtigsten Lebensmitteln durchgeführt wird, ist nicht ein System der Preisherabminderung zum Schutze der Verbraucher, sondern ein System der Preistreiberei.

Diese Regelung der Kartoffelpreise zeigt aufs neue, daß die angebliche Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland nur Schein ist. Die abhängigen Sozialisten fühlen sich, als besäßen sie die politische Macht in Deutschland. Warum werfen sie die „Macht des Mehrheitsblocks" nicht für eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung in die Wagschale? Die Kreise, die Herrn von Oldenburg-Januschau nahestehen, bestimmen nach wie vor über den Kurs in den Lebensfragen des Volkes, und ihre Ansprüche werden unter der neuen Regierung mehr respektiert als vorher.

Die Hausbrand-Kohlenversorgung.

Die Vertreter des Deutschen Städtetages besprachen gestern mit Staatssekretär Dr. Helfferich im Beisein des Reichskohlenkommissars die Versorgung der Städte mit Hausbrand. Die Verhandlungen ergaben, daß die bisher festgesetzte Kohlenmenge für den Monat September voraussichtlich um die doppelte Tonnenzahl erhöht werden muß. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß 90 Prozent das Mindeste sei, was die Städte an Hausbrand erhalten müßten, um so mehr, da das Land während der Sommermonate erheblich mehr in der Belieferung bevorzugt worden sei.

Ueberwachung des Weinhandels.

Berlin, 4. September. Amtlich wird kundgemacht: Auf dem Gebiete des Weinhandels sind Preistreibereien beobachtet worden, die ein behördliches Einschreiten erforderlich machen. Zwar gibt schon die bestehende Gesetzgebung Handhaben, um Ausschreitungen entgegenzutreten. Insbesondere kann auf Grund der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung derjenige, der einen übermäßigen Gewinn beim Absatz von Wein erstrebt oder erzielt, vor dem Strafrichter zur Rechenschaft gezogen werden. Es erschien aber erforderlich, darüber hinaus auch durch Verwaltungsmaßnahmen den bestehenden Mißbräuchen entgegenzutreten.

Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers verbietet Weinverfteigerungen, soweit es sich nicht um eigenes Gewächs handelt. Durch weitere Bestimmungen wird sodann der Weinhandel einer besonderen Erlaubnispflicht unterworfen, die vom 20. September ab gilt. Vom 10. September ab ist ferner für jeden Verkauf von Wein, Traubenmaische, Traubenmost und von Trauben, die zur Kelterung bestimmt sind, von dem Veräußerer dem Erwerber eine Bescheinigung über Art, Herkunft, Menge und Preis zu erteilen. Den von vielen Seiten gemeldeten Spekulationsverkäufen in Erzeugnissen der neuen Ernte, die zu übermäßigen Preisen abgeschlossen sind und den Ausgang für weitere Ueberforderungen abgeben, wird der Rechtsboden entzogen, indem die vor Erlaß der Verordnung abgeschlossenen Vorverkäufe für nichtig erklärt worden sind. Kaufverträge über Weintrauben am Stock, Traubenmaische und Traubenmost, sowie Wein aus der Ernte 1917 sind erst von einem bestimmten Zeitpunkt ab zulässig, der von den zuständigen Behörden für die einzelnen Gemarkungen bestimmt wird. (W. T. B.)

Erheblich verminderte Kaufkraft!

Die Verhältnisse, die uns der Krieg gebracht, haben für verschiedene Arbeitergruppen die Löhne unbestritten stark in die Höhe getrieben. Das gilt für jene Gewerbe und Arbeiter, die militärische Ausrüstungsgegenstände und sonstige Bedarfsartikel des Heeres hervorbringen. Es läßt sich nicht verkennen, daß die hier in Betracht kommenden Arbeiter in der Lohnbemessung, wie auch noch in der Zuweisung von Lebensmitteln, ganz offensichtlich bevorzugt werden. Der Grund ist klar: macht und hält man diese für die Fortsetzung des Krieges unbedingt notwendigen Arbeiter möglichst zufrieden, finden sie ihre persönliche Lage erträglich, dann wirkt ihre Stimmung dämpfend und hemmend auf die Gruppen, die den wirtschaftlichen Druck der herrschenden Teuerung schmerzlicher empfinden. Somit stellt sich die Lohnbewegung in verschiedenen Gewerbegruppen als eine besondere Kriegspolitik und nicht als eine soziale Erscheinung dar. Das um so weniger, weil es sich nur um eine zeitlich begrenzte Wirkung des Krieges handelt, für die mit dem Eingang in die Friedensverhältnisse alle Voraussetzungen fallen. Zunächst ist es dann mit der Dringlichkeit der in Betracht kommenden Arbeiten vorbei, soweit sie überhaupt noch notwendig sind, sodann hört die Herrlichkeit der Kriegspreise auf. Man hat dann nicht mehr nötig, auf die „Rüstungsarbeiter" noch große Rücksicht zu nehmen und mit dem Sinken der Preise für die Erzeugnisse der Kriegsindustrie werden auch die Löhne in entsprechender Weise gedrückt.

Die Lohnerhöhungen sind nichts Allgemeines; sie beschränken sich vielmehr auf einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtarbeiterschaft. In der Textilindustrie werden Wochenlöhne bis hinab zu 10 Mk. und Stundenlöhne von 15 Pf. gezahlt, wie auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes einwandfrei nachgewiesen worden ist. Hier mag ferner erwähnt werden, daß kürzlich erst noch der Verein der Zeitungsverleger in einer Erklärung über die gesteigerten Selbstkosten, die eingetretenen Lohnsteigerungen im Durchschnitt auf 25 v. H. angegeben hat. Das ist keine Lohnaufbesserung, die mit den Angaben über Steigerungen von 100 und mehr Prozent in Einklang zu bringen wäre. So hoch jedoch sollen die Einkommenssteigerungen sein, die nach Behauptungen in der Unternehmerpresse als allgemein angenommen werden dürften. In allen nicht unmittelbar für die militärische Bedarfsdeckung tätigen Gewerben sind die Löhne aber nur sehr bescheiden oder gar nicht aufgebessert worden, recht mäßig sind weiter die Entlohnungen in der Landwirtschaft geblieben.

Nun werden Zahlen über Löhne bekannt, die auf den ersten Blick den Anschein erwecken könnten, als ob die Lohnsteigerungen bei den gewerblichen Arbeitern wenigstens einigermaßen befriedigen könnten, bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch das Gegenteil. Da es sich hierbei um amtliche Erhebungen handelt, so bekommt die Sache für die Beurteilung der sozialen Verhältnisse eine besondere Bedeutung. Das Kaiserliche Statistische Amt hat in den Monaten März und September der Jahre 1914, 1915 und 1916 Erhebungen veranstaltet, die ein Urteil über die Entwicklung der Löhne gestatten sollten. Die Erhebungen erstreckten sich auf verschiedene Gewerbegruppen: berücksichtigt sind nur erwachsene männliche und weibliche Arbeiter, deren Tagesverdienste an den betreffenden Stichtagen eingetragen worden sind.

Bei dieser Art Ermittlung müssen verhältnismäßig gute Ergebnisse herauskommen, denn es sind keine arbeitslosen Tage eingerechnet, deren es außer den Sonn- und Feiertagen in manchen Gewerben doch reichlich gibt, so in den sogen. Saisonindustrien, der Landwirtschaft und jetzt auch in vielen Betrieben infolge Mangels an Rohstoffen. Trotzdem lassen wir die Erhebung gelten! Ihre Ergebnisse werden in der Nordeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. Juli mitgeteilt. Danach betrug bei sämtlichen erfaßten männlichen Arbeitern der durchschnittliche Tagesverdienst im März 1914 5,17 Mk., der für die weiblichen Arbeitskräfte 2,29 Mk. Diese Angaben lassen schon erkennen, daß die Erhöhung sich auf Arbeitergruppen beschränkt, die auch vor dem Kriege die höchsten Löhne erzielten, bei denen aber auch die stärksten Steigerungen eingetreten sind. Aus diesem Grunde sind die Ergebnisse wieder geeignet, ein falsches Bild von der allgemeinen Gestaltung der Einkommensverhältnisse der gewerblichen Arbeiter zu zeichnen. Zum Beweise dafür verweisen wir auf den Artikel Kriegslöhne in der Nr. 147 der Leipziger Volkszeitung vom 17. Juni d. J.

Dort erbrachten wir aber der Grundlage aller berufsgenossenschaftlichen Rechenergebnisse den Nachweis, daß der Durchschnittslohn eines Bollarbeiters im Jahre 1915 für den Arbeitstag nur 4,20 Mk. betragen habe. Weiter ergeben die Angaben, daß in dem gleichen Jahre der Tagesdurchschnittsverdienst eines Arbeiters im Bergbau, der fast die höchsten Löhne zahlt, doch nur 5,81 Mk. betragen hat. Für die in der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft versicherten Arbeiter kommt für das zweite Kriegsjahr nur ein Tagesdurchschnittslohn von 4,76 Mk. heraus.

Es liegt somit auf der Hand, daß die jetzt vorliegenden Ergebnisse der amtlichen Erhebung nicht in die Gruppen der schlecht entlohnten Arbeiter hineingriffen hat. Das muß berücksichtigt werden. Aber man hat nicht zu erwarten, daß die nun vorliegenden Ergebnisse eine Lohnsteigerung ausweisen, die als hoch bezeichnet werden müßte, wenn man die Kaufkraft des Geldes in Betracht zieht.

Nichts von dem! Im Gegenteil, die ermittelte Erhöhung der nominellen Löhne bleibt trotz der Auslese erheblich hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück. Bis zum September 1916 hatte sich nämlich der Lohn der männlichen Arbeiter auf 7,55 Mk., der für weibliche Arbeitskräfte auf 3,53 Mk. gehoben. Die Steigerung macht bei den Löhnen für die Männer 46 v. H. aus, bei den Lohnen für die erwachsenen Frauen 54 v. H. Zifferenmäßig erscheint das ja hoch, da jedoch die Kaufkraft des Geldes stärker gesunken ist, als der Lohn gestiegen, so ergibt sich als Folge der Veränderung in den Einkommen und den Kosten für die Lebenshaltung eine nicht unerhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, denn die Verteuerung macht weit über 100 Prozent aus, wie u. a. auch der bürgerliche Volkswirtschafter Calwer auf Grund von Marktpreisen berechnet hat. Nun weiß man jedoch, daß die tatsächlich zu zahlenden Preise vielfach erheblich höher sind, als die polizeilichen und sonstigen amtlichen Aufzeichnungen angeben.

Die amtliche Erhebung über die Veränderung der Lohnverhältnisse ist somit ein neuer starker Beweis für unser schon früher ausgesprochenes Urteil, daß sich selbst für die durch die Verhältnisse begünstigten Arbeiter, sozial betrachtet, trotz der nominellen Lohnsteigerungen, die wirtschaftliche Lage verschlechtert hat. Nur für die eine verhältnismäßig dünne Schicht von ganz besonders bevorzugten Arbeitern haben sich die Einkommen so erheblich gesteigert, daß dadurch die Verteuerung ausgeglichen und wohl auch noch ein Ueberfluß erzielt wird.

Die Erhebung ist nun trotzdem geeignet, noch viel zu günstige Urteile hervorzurufen. Sie verführt leicht zu falschen Schlußfolgerungen. In zweifacher Hinsicht! Die ermittelten Zahlen spiegeln die ermittelten Verhältnisse darum nicht wider, weil sie unberücksichtigt lassen, daß ein großer Teil der Gesamtarbeiterschaft überhaupt keine oder nur wesentlich geringere Lohnaufbesserungen (nominelle) erlangt hat, als für die erfaßten Gruppen angegeben worden sind, weiter verschweigen sie den sozial so außerordentlich wichtigen Umstand der wesentlich veränderten Zusammensetzung der Arbeiterschaft in den einzelnen Gewerben, wie auch ganz allgemein. Man hat nicht ganze Gruppen in die Erhebung einbezogen, sondern aus verschiedenen nur erwachsene Personen. Nun ist aber in allen Gewerben, vornehmlich in den kriegswirtschaftlichen Betrieben, der Anteil der erwachsenen Arbeitskräfte erheblich kleiner, der der Jugendlichen entsprechend größer geworden. Mithin hat sich auch die Zahl der Empfänger der höheren Löhne verkleinert, die der niedrigeren Einkommen vergrößert. Die große größere Schar der geringer Entlohnten in allen Gewerbegruppen, wie überhaupt für alle Arbeiter, die mit ihren nominellen Lohnen und Lohnsteigerungen hinter die oben angegebenen Sätze zurücktreten, sind genau so gut wie für die Lohnhöhe und Lohnsteigerung Begünstigten die Kosten der Lebenshaltung in der gleichen Weise gesteigert worden.

Wertet man die Verhältnisse unter diesem Gesichtswinkel, dann läßt sich nicht leugnen, daß die Lohnsteigerung für eine Oberschicht der Arbeiter, eine Steigerung, die selbst für diese Schicht insgesamt die eingetretene Verteuerung nicht ausgleicht, eine schwerwiegende Verschlechterung der Daseinsmöglichkeit für die große Masse der übrigen Arbeiterschaft bedeutet. Ja die Verschlechterung erstreckt sich sogar auf die Gesamtarbeiterschaft, wenn man die Zeit nach Kriegsende in Rücksicht zieht. Die Warenpreise sind stärker gestiegen als die Löhne, die Verteuerung hält Schritt mit den Lohnerhöhungen für die am meisten begünstigte Schicht der Arbeiter. Dadurch werden jetzt die anderen Arbeitergruppen wirtschaftlich schwer getroffen, wenn aber später die Löhne sinken, in gleichem Ausmaß jedoch nicht die Warenpreise, dann macht sich auch für die nun bevorzugten Arbeiter die Schädlichkeit der jetzigen Gestaltung der Lohnverhältnisse unangenehm bemerkbar.

Die von einer dünen Schicht von Arbeitern während des Krieges erzielten Löhne und Lohnsteigerungen wirken für die

---

65]

Ekkehard.

Historischer Roman von Joseph Viktor v. Scheffel.

Heribald fand beiroffen und griff nach seiner Schulter. „Heiliger Pirmin!" jammerte er.

„Es gibt heute keinen heiligen Pirmin!" sprach Herr Spazzo entschieden.

Da lachte Heribald, als wenn er seinen Mann kennte. „Eia, gnädiger Herr, die Hunnen sind auch bei uns gewesen, und war niemand da als Heribald, sie zu empfangen, aber so gottlos haben sie nicht mit ihm gesprochen."

„Die Hunnen sind keine herzoglichen Kämmerer!" sprach Herr Spazzo mit Stolz.

In Heribalds blödsinnigem Gehirn begann der Gedanke aufzudämmern, die Hunnen seien nicht die schlimmsten Gäste auf deutscher Erde. Er schwieg und ging in Garten. Dort riß er ein paar Salbeiblätter ab und rieb seinen Rücken.

Herr Spazzo schritt über den Klosterhof zum Tor, das durch den Kreuzgang ins Innere führte. Er trat fest auf. Die Glocke zum Mittagsmahl läutete. Einer der Brüder kam schnellen Ganges über den Hof. Herr Spazzo faßte ihn am dunkeln Gewand.

„Rufet mir den Abt herunter!" sprach er. Der Mönch sah ihn verwundert an und tat einen Seitenblick auf des Kämmerers abgetragen Jagdhabit.

„Es ist die Stunde der Mahlzeit," sprach er. „Wenn Ihr geladen seid, was ich aber . . ," er sagte wiederum etwas spöttisch auf Spazzos Jagdrock; der Schluß ward ihm erspart, der Kämmerer wirbelte den hungrigen Bruder eines gediegenen Faustschlages, daß er taumelnd von der Schwelle in den Hof hinausflog wie ein wohlgeschleuderter Federball. Die Mittagssonne schien auf des Gefallenen Tonsur.

Dem Abt war bereits gemeldet worden, welch einen Frevel der Klostermeier sich an der Herzogin Mann erlaubt. Jetzt vernahm er den Tumult im Klosterhof. Wie er an sein Fenster trat, erschaute er just den frommen Bruder Ivo faustschlagbefördert in Hof hinausfliegen. Glücklich, der der Dinge heimste Ursache erkannt hat, sinnt Virgilius. Abt Waznann erkannte sie, er hatte aus dem Punkt des Kreuzgangs Herrn Spazzos Helmzier drohend herüberrücken gesehen.

„Ruft mir den Abt herunter!" rief es zum zweitenmal vom Hofe herauf, daß die Scheiben der Zellenfenster klirrten. Unterdessen ward die Reichenauer Mittagssuppe kalt; die im Refektorium Versammelten griffen endlich zu, ohne des Abts zu warten.

Der Abt Waznann hatte Rudimann, den Kellermeister, zu sich entboten. „Das alles," sprach er, „hat uns der Grimspecht von Sankt Gallen wieder angezettelt. O Gunzo, Gunzo! Keiner soll seinem Nächsten ein Leid wünschen, aber doch überdenkt mein Gemüt die Frage, ob unsere Hofbauern, das riesige Geschlecht vor dem Herrn, nicht wohlgetan hätten, dem Gleisner Ekkehard die Steine an Kopf zu werfen, die sie dem hunnischen Hexenmeister bestimmt . . ."

Ein Mönch trat scheu in des Abts Gemach.

„Ihr sollt herunterkommen," sagte er leise, „es ist einer drunten und tobt und grieskrank wie ein Gewaltiger."

Da wandte sich der Abt zu Rudimann, dem Kellermeister, und sprach: „Es muß schlecht Wetter sein bei der Herzogin; ich kenne den Kämmerer, der ist ein sicher Wetterzeichen. Wenn seine Herrin ihren stolzen Mund zur Heiterkeit zuspitzt, so lacht er mit dem ganzen Gesicht, und wenn Wolken über ihre Stirn ziehen, so geht bei ihm ein volles Donnerwetter los . . ."

„. . . und schlägt ein," ergänzte Rudimann. „Schwere Tritte stürzen durch den Gang.

„Es ist keine Zeit mehr zu verlieren," sprach der Abt. „Macht Euch schnell auf den Weg, Kellermeister, reitet hinüber und bringt der Herzogin unser Bedauern aus; nehmt ein paar Silberlinge aus der Klostertruhe mit als Schmerzensgeld für den Zerschlagenen und saget, daß man für seine Genesung beten wolle. Vorwärts, Ihr seid ja sein Pate und ein kluger Mann."

„Es wird schwer halten," sprach Rudimann. „Sie wird recht giftig sein."

„Bringt ihr ein Geschenk mit," sprach der Abt. „Kinder und Frauen lassen sich gern die Augen blenden."

„Was für eines?" wollte Rudimann fragen, da ward die Tür aufgerissen. Herr Spazzo trat ein. Sein Gesicht lag in den richtigen Falten.

„Beim Leben meiner Herzogin!" rief er, „hat der Abt dieses Rattennestes heute Blei in seine Ohren gegossen, oder ist ihm Gichtbruch in die Füße gefahren? Was kommt Ihr nicht, Euern Beisch zu empfangen?"

„Wir sind überrascht," sprach der Abt. „Laßt Euch willkommen heißen." Er bot den rechten Zeigefinger, ihm den Segen zu erteilen.

„Brauch keinen Willkomm!" gab ihm Herr Spazzo zurück. „Der Teufel ist heute Schutzpatron des Tages. Wir sind gekränkt! schwer gekränkt! Wir heischen Buße; zweihundert Silbers zum mindesten. Heraus damit! Mord und Weltbrand! den landesherrlichen Rechten soll durch klösterliche Anmaßung kein Eintrag geschehen! Wir sind Gesandter."

Er klirrte mit den Sporen auf dem Fußboden.

„Verzeihet," sprach der Abt, wir haben am grauen Jagdrock die Tracht des Gesandten nicht zu erkennen vermocht."

„Beim kamelhärenen Kleid des Täufers Johannes!" brauste Herr Spazzo auf, „und wenn ich im Hemd angeritten käme, so wär' die Gewandung noch stolz genug, um vor euch schwarze Kutten als Herold zu treten."

Er setzte seinen Helm auf. Die Federn nickten: zahlet, damit ich weiters kann. Es ist schlechte Luft hier, schlecht, sehr schlecht . . ."

„Erlaubet," sagte der Abt, „im Zorn lassen wir keinen Gast von der Insel reiten. Ihr seid scharf, weil Ihr noch nichts gegessen habt. Lasset Euch ein Klostermahl nicht gereuen. Nachher von Geschäften."

Daß einer für seine Grobheit freundlich zum Mittagsmahl eingeladen wird, machte dem Kämmerer einigen Eindruck. Er nahm seinen Helm wieder ab. „Den landesherrlichen Rechten soll durch klösterliche Anmaßung kein Eintrag geschehen!" sprach er noch einmal, aber der Ton deutete hinüber: da sah man die offene Klosterküche, der blonde Küchenjunge drehte den Spieß am Feuer und schnalzte mit der Zunge, denn ein lieblicher Bratenduft war in seine Nase aufgestiegen — ahnungsvoll standen etliche verdeckte Schüsseln im Hintergrund. — ein Mönch wandelte mit riesigem Steinkrug vom Keller her durch den Hof. Das Bild war allzu lockend.

Da vergaß Herr Spazzo die amtlichen Stirnfalten und nahm die Einladung an.

Bei der dritten Schüssel strömten seine Grobheiten spärlicher. Wie der rote Meersburger im Pokal glänzte, versiegten sie ganz. Der rote Meersburger war gut. —

Unterdes ritt Rudimann, der Kellermeister, aus dem Kloster. Der Fischer von Ermatingen hatte einen riesigen Lachs gefangen, frisch und prächtig lag er im kühlen Keller verwahrt; den hatte Rudimann erlesen als Geschenk zur Beschwichtigung der Herzogin. Auf dem Schreibzimmer des Klosters hatte er auch noch zu schaffen, bevor er ausritt. Ein Laienbruder mußte ihn begleiten, das in Stroh verpackte Seengetüm quer über sein Maultier gelegt. Herr Spazzo war hochmütig herübergeritten, demütig ritt Rudimann hinüber. Er sprach leise und schüchtern, wie er nach der Herzogin fragte. „Sie ist im Garten," hieß es.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170904-17/fragment/page=0005

Allgemeinheit verderblich, sie sind ein soziales Gift, das der Arbeiterschaft noch schwerere Leiden eintragen wird

Aus der Provinz.

Neuer Kartoffelhöchstpreis.

Die Preisprüfungsstelle der Provinzialkartoffelstelle hat mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle den Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln in der Provinz Sachsen vom 2. d. M. an bis auf weiteres auf 6 Mk. festgesetzt.

Neue Erzeugerhöchstpreise.

Für die Provinz Sachsen gelten vom 4. September folgende Erzeugerhöchstpreise, für den Zentner berechnet: A. Frühgemüse: Abababrter 8 Mk., Erbsen 35 Mk., Spinat 25 Mk., Kohlrabi 18 Mk., Zwiebeln 8 Mk., Salat- und Einlegegurken bei einem Schockgewicht über 24 Pfund für das Stück 8 Pf., Einlegegurken bei einem solchen über 16 Pfund für das Stück 4 Pf., sonstige Einlegegurken für das Stück 3 Pf., Krüppelgurken das Schock 1 Mk., gelbe Senfgurken (Schalen) der Zentner 12 Mk., Selleerie mit Kraut 20 Mk., Meerrettich, wenn 100 Stangen über 60 Pfd. wiegen, 40 Mk., wenn 100 Stangen über 40 Pfund wiegen, 30 Mk., wenn 100 Stangen weniger wiegen, 20 Mk., Rote Rüben (rote Beete) 10 Mk., Schwarzwurzeln 40 Mk., Steinpilze, Pfifferlinge, Champignons 80 Mk. B. Obst und Nüsse: Reineclauden (große, grüne) 30 Mk., Pflaumen 30 Mk., Mirabellen 40 Mk., Zwetschen (Hauspflaumen, Hauszwetschen, Muspflaumen, Bauernpflaumen, Thüringer Pflaumen) 20 Mk.; Aepfel: Gruppe I: Weißer Winterkalvill, Cox Orangen, Grafensteiner, Kanada Renette, Adersleber Kalvill, Gelber Richard, Signe Tillisch, v. Buccalmaglios Renette, Ananas Renette, Gelber Bellefleur, Schöner von Boskoop, Landsberger Renette, Goldrenete von Blendheim, Coulons-Renette, weißer Matapfel, Winter Goldparmäne, Apfel aus Croncels, alle jedoch nur bei vorzüglicher Beschaffenheit 40 Mk.; Gruppe II (sonstiges Tafelobst) 25 Mk., Gruppe III (Fall- und Schüttelobst) 10 Mk., Gruppe IV (gemischt, vom Baum gepflückt) 20 Mk.; Birnen: Gruppe I: Gute Louise von Avranches, Köstliche von Charneu, Birne von Tongre, Boies Fleischbirne, Dr. Jules Guyot, William Christbirne, Handenpants Butterbirne, Clapps Liebling, Diels Butterbirne, Verens-Dechantbirne, Forellenbirnen, Winter Dechantbirne, Gellerts Butterbirne, Josefine von Mecheln, alle jedoch nur bei vorzüglicher Beschaffenheit 35 Mk.; Gruppe II (Tafelobst) 20 Mk., Gruppe III (Fall- und Schüttelobst und Mostbirnen) 8 Mk.

Merseburg. Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Woche vom 9. bis 15. September werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 150 Gramm Haferflocken zum Preise von 15 Pf. auf Bezugschein Nr. 17, 60 Gr. Teigwaren zum Preise von 9 Pf. auf Bezugschein Nr. 18. Außerdem 125 Gr. Speisesirup zum Preise von 11 Pf. auf Bezugschein und Quittungsabschnitt Nr. 19. Die Abgabe der Bezugscheine Nr. 17 und 18 hat von Mittwoch, den 5., bis Donnerstag, den 6. September, von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr in den hiesigen Lebensmittelgeschäften zu erfolgen. Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt von Donnerstag, den 13. September, bis einschl. Sonnabend, den 15. September, gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Außerdem werden von Mittwoch, den 5. September, ab pro Kopf 125 Gramm Speisesirup abgegeben, und zwar in den Verkaufsstellen 1 bis 8. Für den Speisesirup ist der Bezugschein und der Quittungsabschnitt Nr. 19 abzulisern.

— Die Verkaufszeiten der Fleischereien sind von jetzt ab wie folgt festgesetzt: Freitags und Sonnabends von 8—1 Uhr vormittags und 5—8 Uhr nachmittags, Sonntags von 8—10 Uhr vormittags. Für Haushalte, die die ihnen zustehenden Fleisch- und Wurstwaren nicht auf einmal abholen wollen, kann die Abholung noch am Dienstag von 8—10 Uhr vormittags erfolgen.

Schkeuditz. Kriegsnotgeld. Auch die Stadtgemeinde Schkeuditz hat nun Papiergeld zur Einführung gebracht. Für etwa 10 000 Mark sind 50-, 10- und 5-Pfennig-Scheine gedruckt worden, die als Unterdruck das Stadtwappen, den Mann ohne Kopf tragen.

Querfurt. Fleischzuteilung. Die Menge von Fleisch und Fleischwaren, welche in der Woche vom 3. bis 9. September auf eine Fleischmarke entnommen werden darf, wird wie folgt festgesetzt: Reichsfleischkarte für Erwachsene 250 Gr., für Kinder 125 Gr. — Am Dienstag, nachmittags 6 Uhr, werden einige Zentner frische Wurst an Schwerarbeiter, die nicht geschlachtet haben, im Konsumverein hier verkauft.

Delbra. Lebensmittelzuteilung. In der Woche vom 3. bis 8. September kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: Dienstag, den 4. September, Marmelade, pro Kopf ¼ Pfund Preis 18 Pf. Mittwoch, den 5. September, Nudeln II. Sorte, pro Kopf 55 Gramm, Preis 6 Pf. Donnerstag, den 6. September, Grieß, pro Kopf ½ Pf. Preis 8 Pf. Freitag, den 7. September, Naturbutter oder Margarine, pro Kopf 35 Gr.

Bitterfeld. Die ungeteilte Arbeitszeit soll zum Zwecke der Kohlen- und Lichtersparnis bei den verschiedenen Zweigen der Stadtverwaltung demnächst zur Einführung gelangen. — Aus demselben Grunde wird auch die durchgehende Arbeitszeit bei dem hiesigen Bezirkskommando eingeführt werden. Wer also mit diesen Behörden zu tun hat, tut gut, auf die Renderung acht zu geben, damit er nicht unnütze Wege macht.

— Die Ausgabe der neuen Lebensmittelscheine und Petrolenkarten erfolgt in Dörings Konzertsaal Dienstag, den 4. Sept. vormittags von 8 bis 10 Uhr, für die Dessauer Straße, Innere und Aeußere Bismarckstraße und Burgstraße, von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, für alle anderen Straßen der Buchstaben A bis J. Mittwoch, den 5. September, vormittags von 8 bis 10 Uhr, für die Kaiserstraße, Innere und Aeußere Zörbiger Straße und Mühlstraße, von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr für die Straßen der Buchstaben K bis Z. Der Briefchein ist vorzulegen. An Kinder werden Scheine und Karten nicht ausgegeben. — Die laufende Kartoffelmarke Nr. 7 verfällt am Mittwoch abend.

Zschornewitz. Ungleiche Verteilung. Zum wiederholten Male gehen uns lebhafte Beschwerden zu über die hiesige Verteilung der Lebensmittel und sonstiger Waren. Ueber die Verteilung der staatlich rationierten Waren, wie Kartoffeln, Graupen, Haferflocken und Hafermehl, kann nicht geklagt werden. Ebenso wird Grieß für Kinder unter 6 Jahren des öfteren geliefert und Fleisch gibt es nach den Bestimmungen der Reichsfleischstelle. Wenn aber mal so etwas Besonderes kommt, wie am 24. August, daß ein minderwertiges Rind für den Kleinverkauf verhacht wird, dann wird davon nichts am schwarzen Brett bekanntgemacht, sondern die Verteilung wird ohne Marken ganz in der Stille vorgenommen. Vom Aufsichtspersonal des Werkes haben infolgedessen einige an zehn Pfund und mehr erhalten, während viele Schwerarbeiter ganz leer ausgingen. Am 26. August kam verbackenes Brot ebenfalls ohne Marken zur Verteilung. Einzelne Familien bekamen 2 bis 3 Brote, und die große Mehrzahl ging auch hierbei leer aus. Da ist die Frage berechtigt, warum die Verteilung solcher Waren nicht am schwarzen Brett bekanntgemacht oder rationiert wird? — Auch über die Kohlenverteilung wird sehr geklagt. Jeden Sommermonat sollen pro Familie drei Zentner Briketts zur Verteilung kommen. Für August mußten sie bis am 21. August bezahlt sein. Beim Aufsichtspersonal haben manche schon bis zu 40 Zentner angefahren bekommen, während viele Arbeiter bis heute noch gar keine erhalten konnten. Ueber die ungleiche Holzverteilung der beschädigten Werksabteilung wird ebenfalls geklagt. Auch die Regelung des Schadenersatzes für den Unglücksfall von Mitte Juni geht nicht nur sehr langsam vor sich, sondern auch die Höhe der Entschädigung ist oft für das Verlorene ganz unzureichend. Hoffentlich tragen diese Zeilen mit dazu bei, daß die Ursachen dieser Beschwerden für die Zukunft beseitigt werden.

Altjessnitz. Gefaßte Wilddiebe. In den hiesigen Rittergutsforsten wurde seit längerer Zeit gewildiebt. Jetzt ist ein Baggermeister C. aus Golpa, ein Arbeiter von dort und einer aus Großmöhlau der Wilddieberei überführt. Gewehre, Patronen, Fernrohr und Gehörn von erlegten Rehböcken sind beschlagnahmt.

Bergwitz. Unser bisheriger Zeitungsbote hat sich uns gegenüber so wenig vertrauensvoll betätigt, daß er nicht nur plötzlich die Verbreitung unseres Volksblattes einstellte, sondern unseren Abonnenten teilweise gegen ihren Willen seit gestern ein anderes Blatt zustellte. Wir ersuchen nunmehr alle unsere Leser durch unseren neuen Verbreiter das Volksblatt weiter zu beziehen und die Zustellung des anderen Blattes, das man ihnen unverlangt aufdrängt, zurückzuweisen. Diejenigen Leser, die das Volksblatt nicht sofort erhalten, bitten wir um Angabe der Adresse, damit wir es per Post zustellen oder den neuen Austräger benachrichtigen.

Die Expedition.

Sangerhausen. Heimliche Schlachtung und Höchstpreisüberschreitung standen vor dem hiesigen Schöffengericht zur Aburteilung. Die Witwe Berta Sperber in Sangerhausen ist angeklagt, weil sie ein Schwein im Gewicht von mehr als 120 Pfund zur Weiterführung gekauft, die Hausschlachtung des Schweines ohne Erlaubnis vorgenommen, nach erfolgter Schlachtung die Fleischmarken der Gemeindebehörde nicht zurückgegeben hat und außerdem unbefugt beschlagnahmte Vorräte von Weizen gekauft und verbraucht hat. — Der mitbeteiligte Landwirt Emil Röthel in Lengefeld hat sich zu verantworten, weil er an die Witwe Sperber das Schwein und beschlagnahmte Vorräte an Weizen verkauft hat. Dem Müllergesellen Ernst Richter in Sangerhausen wird zur Last gelegt, ohne eine Mahlkarte erhalten zu haben das Getreide gemahlen zu haben. Die Angeklagten sind geständig. Das Urteil lautete gegen Frau Sperber auf 100 Mk., gegen Röthel auf 30 Mk. und gegen Richter auf 10 Mk. Geldstrafe. — Der Handelsmann Johannes Müller, dessen Ehefrau und deren Tochter haben einen richterlichen Strafbefehl über 75 Mk., 50 Mk. bzw. 25 Mk. erhalten, weil sie im Juni den Erzeugerhöchstpreis von 35 Pf. für ein Pfund Frühkirschen überschritten haben, indem sie das Pfund Frühkirschen für 50 Pf. verkauften. Auf Grund der Tatbestandsaufnahme wurden die Angeklagten, der Ehemann Müller zu 50 Mk., die Ehefrau Müller zu 30 Mk und die ledige Emma Müller zu 20 Mk. verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Gegen gewissenlose Lohnkürzungen.

In der Durchauer Ztg. vom 30. August veröffentlicht die Kriegsamtstelle Danzig das Folgende:

Es ist hier bekannt geworden, daß einzelne Unternehmer die Versorgungsgebührnisse Kriegsbeschädigter, insbesondere die Renten auf Lohn oder Gehalt in Anrechnung bringen. Ein solches Verfahren gefährdet die Kriegsbeschädigtenfürsorge in hohem Maße. Es beeinträchtigt die Arbeitslust, wirkt verbitternd und erschwert die Zurückführung Kriegsbeschädigter in die wirtschaftliche Erwerbstätigkeit. Von der Heeresverwaltung wird derartigen Maßnahmen, die Renten auf Lohn oder Gewalt anzurechnen, bereits seit Kriegsbeginn nachdrücklich entgegengetreten. Kriegsbeschädigte Arbeiter und Angestellte sind unter allen Umständen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu entlohnen.

Tieftraurig ist es, daß es überhaupt nötig wurde, auf solche Weise Unternehmer, welche die Kriegsverletzungen ihrer Arbeiter sich selbst zunutze machen, in ihre Schranken zu weisen.

Zur Lohnbewegung in der Textilindustrie.

In den gemeinsamen Beratungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit dem Verband Schlesischer Textilindustrieller wurden folgende Mitteilungen für Reichenbach i. Schl., Langenbielau und Peterswaldau getroffen:

1. 47½ stündige Arbeitszeit pro Woche für alle Frauen, welche einen eigenen Hausstand zu versorgen haben. (Arbeit an fünf Tagen von morgens 7 bis ½12 Uhr mittags und von 1 bis 6 Uhr abends.) Sonnabend ist frei.

2. 50 stündige Arbeitszeit pro Woche für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen. (Arbeit an fünf Tagen von morgens 7 bis 12 Uhr mittags und von 1 bis 6 Uhr abends.) Sonnabend ist frei.

3. Lohnerhöhung von 20 Prozent für alle Arbeiter und Arbeiterinnen vom 3. September dieses Jahre.

4. Für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen der unter Ziff. 2 bezeichneten Personen, welche, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, die Eisenbahn benutzen müssen, wird bei Bemessung der Arbeitszeit auf die Abfahrtszeit der Züge gebührend Rücksicht genommen.

5. Es steht jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin frei, auch Sonnabends fünf Stunden, von 7 bis 12 Uhr zu arbeiten. Diejenigen, welche dies tun, erhalten einen Zuschlag von 10 Proz. zum Gesamtlohn.

6. Es darf keinem Arbeiter und keiner Arbeiterin wegen der Weigerung, an Sonnabenden zu arbeiten, irgendwelche Schwierigkeit gemacht werden. Benachteiligungen dürfen dieserhalb nicht entstehen.

Die Gelben und der § 153 der Gewerbeordnung.

Auf einer Tagung in Schwarzenberg hat der sächsisch-thüringische Verband der Wirtschaftsfriedlichen sich gegen die Politik des Reichstags gewandt, die den berechtigten Wünschen der Arbeiterorganisationen nach Gleichstellung Rechnung tragen will, und auch gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, daß sie die Sozialdemokratie bevorzuge. Und so unglaublich es klingt, die Gelben forderten tatsächlich die Aufrechterhaltung des § 153 der Gewerbeordnung, widrigenfalls sie die Verantwortung dafür ablehnen müßten, wenn es wieder zu scharfen Kämpfen zwischen Streikenden und Arbeitenden, d. h. Gelben, käme. — Diese Forderung sieht den Gelben ähnlich!

Generalstreik in San Franzisko.

New York Times meldet: Eine Versammlung der Werft-, Hafen- und Transportarbeiter in San Franzisko, an der Delegierte aus sämtlichen Hafen der Westküste teilnahmen, entschloß sich für die Erklärung des Generalstreiks. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 40 Prozent, Kürzung der Arbeitsschicht und Schonung von den militärischen Anwerbungen und Aushebungen. Die Werft- und Hafenarbeiter in San Franzisko legten darauf die Arbeit nieder, so daß der gesamte Werft- und Hafenbetrieb ins Stocken geriet.

Allerlei.

Die Stadt ohne Rauch.

Die Forschungen der letzten Jahre haben so eindringlich vor Augen geführt, wie vielfache Schäden Rauch und Staub bewirken, daß man immer nachdrücklicher darauf hinarbeitet, die Rauch- und Außenwicklung zu vermindern und nach Möglichkeit ganz zu vermeiden. Als Idealzustand in dieser Beziehung muß die Verwendung elektrischer Energie an Stelle von Kohle, Holz und Gas gelten, deren allgemeine Einführung vorderhand allerdings noch an der Kostenfrage scheitert. Immerhin gibt es bereits ein Städtchen, das dieses Ideal verwirklicht hat, die Gartenstadt Dunbrod in der Nähe von Glasgow (Schottland). Schon rein äußerlich tut sich die Besonderheit des Ortes durch das völlige Fehlen von Schornsteinen auf den Hausdächern kund. Und eine nähere Untersuchung zeigt, daß jedes der Häuser — es handelt sich um Einfamilienhäuser mit durchschnittlich sechs Zimmern — nicht nur elektrische Beleuchtung und elektrische Küche, sondern auch elektrische Heizung besitzt. Diese Elektrisierung des ganzen Städtchens bedingt ziemliche Ersparnisse in den Haushaltungen wie in der Verwaltung, da alle Reinigungsarbeiten wesentlich leichter zu leisten sind und viele Verrichtungen mit Hilfe der Elektrizität von den Familienmitgliedern selbst erledigt werden können.

„Gleiche Not, gleiches Brot!"

Das sei der Grundsatz der schweren Zeit, so wird bei jeder Gelegenheit behauptet, und auch der Bamberger Oberbürgermeister Wächter sagte im dortigen Magistrat, daß nicht nur die unteren Schichten, sondern auch die bemittelten Not litten, denn in dieser schweren Zeit gelte eben der Grundsatz: „Gleiche Not, gleiches Brot!" Nachstehende Schweinemetzgerrechnung der Malzfichebersgattin, die dem Fränkischen Volksfreund zur Verfügung gestellt wurde, charakterisiert wieder einmal recht drastisch die Redensart von der „gleichen Not". Die Rechnung lautet:

Bamberg, 14. Juli 1917.

Hermann Kraus, kgl. bayr. Hoflieferant usw.

Rechnung

für J. Hochwohlgeb. Frau Kommerzienrat Weyermann.

8⁸/₁₀ Pfund Schinken à 9,50 Mk. . . .	77,90	Mk.
2/10 „ Weißwurst à 6,— Mk. . .	14,40	„
1¹/₄ „ Zervelatwurst à 8,— Mk.	10,—	„

Dankend erhalten Hermann Kraus.

Die Rechnung beweist, wie der Fränkische Volksfreund dazu bemerkt, daß weder die Not noch das Brot gleich ist und daß die Familie eines Malzfichebenden Kommerzienrates vielleicht in einer Woche für den Frühstückstisch so viel ausgibt, wie eine Arbeiterfamilie im ganzen Monat aufwenden kann.

Negerhetze in Amerika.

Wie Newyork Times meldet, sind in den Südstaaten der Union bedenkliche Unruhen ausgebrochen. Sie scheinen sich hauptsächlich gegen die farbige Bevölkerung zu richten. In St. Louis ist es zu zügellosen Ausschreitungen gekommen, wobei einige hundert Neger ihr Leben verloren haben. Aus allen Städten des Südens wird das Einsetzen von Niggerpogromen gemeldet. Die schwarze Bevölkerung beginnt aus St. Louis zu fliehen.

Diese wüste Hetze gegen die schwarze Bevölkerung ist auch eine treffliche Illustration zur Kulturhöhe der Vereinigten Staaten.

Große Waldbrände in Frankreich.

Ausgedehnte Brände verwüsten die schönsten Waldbestände des französischen Departements Var. Wie der Temps meldet, war es trotz Eingreifens zahlreicher Truppen infolge starken Nordweststurmes unmöglich, der Ausbreitung des Feuers Einhalt zu tun. Der Brand nähert sich Toulon. Er dauert schon den dritten Tag an. Ein neuer Waldbrand brach zwischen Fort Rehras und Semaphor Gane aus. Der Festungsgürtel Toulon ist nunmehr von Feuer umgeben.

Ein Kulturbildchen aus dem Bayrischen Wald.

Unter dieser Ueberschrift berichtet, wie wir der Leipziger Lehrerzeitung entnehmen, die Würzburger Volkstribüne, daß im Ort Neureichenau „die sonst so braven Waldbauern" ihre Lehrerin aushungern wollen. Das Fräulein hat täglich 150 Kinder zu unterrichten und bekommt im ganzen Ort kein Mittagessen mehr. Sie hat es „mit dem Lehrer und allmächtigen Gemeindeschreiber" gelegentlich eines Prozesses verdorben. Auf das Betreiben dieses Herrn hin weigern sich außer den beiden Wirten alle Leute im Orte, die Lehrerin gegen Geld und gute Worte zu beköstigen. Das Bezirksamt Wolfenstein hat durch Ermahnungen Wandel zu schaffen versucht, aber es war bisher vergebens. — Nette Kollegialität!

Zuviel Kartoffeln! Aus Kahla (Sachsen Altenburg) wird berichtet: Der hiesige Stadtrat erläßt folgende Bekanntmachung: „Kartoffellieferungen seitens der Landwirte und Gemeinden der Umgegend können, da der Bedarf auf geraume Zeit hinaus gedeckt ist, nicht mehr angenommen werden. Von weiteren Lieferungen ist daher bis auf weiteres abzusehen." — In ganz Thüringen soll die Kartoffelernte recht gut sein.

An Pilzvergiftung gestorben ist in Kleinzerbst eine 30jährige Frau mit ihrer neunjährigen Tochter und einem dreijährigen Sohne. Ein drittes Kind liegt schwer krank darnieder.

Eine weibliche Feuerwehr hat sich in der Gemeinde Wannweil in Württemberg gebildet. Es dürfte die erste uniformierte weibliche Feuerwehr wohl in ganz Deutschland sein. Die Fabrikfeuerwehr der Spinnerei Wannweil hat 24 Mädchen mit Joppe, Helm und Gurt ausgerüstet, und bei der kürzlich abgehaltenen Prüfung durch den Bezirksfeuerlöschinspektor konnte dieser seine volle Anerkennung über die raische und umsichtige Handhabung der Geräte aussprechen. Im Oberamt Reutlingen haben sich außerdem nahezu 200 Frauen dem Feuerwehrdienste zur Verfügung gestellt.

Heiteres.

Zwiegespräch. „Ja, liebe Frau, wegen 'm Loch im Kopf fahr ich abends nimmer über Land; machen S' halt kalte Umschlag, nachher wird's scho wieder besser!" — „Aber, Herr Doktor, wenn er stirbt! Mir hamm sieb'n kloane Kinder, i wüßt net, was i tät." — „Ah, gengas zua, wo'n 'm Loch im Kof stirbt ma net glei! Hält' er besser aufgepaßt, na wär eahm das net passiert." — „Do hat er ja nix dafür konna; mir hamm gestern Hausschlachtung g'habt, und nacha hat eahm d' Kuh am Kopf naufg'haut." — „So, so, Hausschlachtung habt's g'habt? . . . No, ja, mi dauern bloß eure Kinder, sonst fahret i heut net um viel bis da naus." (Simpl.)

Aus Magdeburg.

Städtische Bekanntmachung. Ausgabe von Petroleum. Jede Haushaltung, die eine Petroleumkarte beansprucht, hat sich in der Zeit vom Mittwoch, dem 5., bis Freitag, dem 7. Sept., unter Vorzeigung der Kohlenkarte bei einem der Petroleumkleinhändler in die ausgelegte Kundenliste einzutragen und dabei wahrheitsgemäß anzugeben, ob die Haushaltung in ihrer Wohnung, wenn auch nur in einem Wohnraum, über Gasbeleuchtung bzw. über elektrische Beleuchtung verfügt. Als Wohnraum im Sinne dieser Bestimmungen gilt auch die Küche. Die Petroleumkleinhändler dürfen nicht mehr Kunden zur Eintragung annehmen, als sie voraussichtlich mit den ihnen von ihrem Lieferanten zustehenden Petroleummengen befriedigen können. Dabei gilt als Norm, daß für jede eingetragene Haushaltung aus dem für die Zeit von Mitte September bis Ende Oktober zu liefernden Petroleum durchschnittlich 1 Liter zur Verfügung stehen muß. Ueber die Ausgabe der Petroleumkarten erfolgt besondere Bekanntmachung.

Die Errichtung eines amtlichen Wohnungsnachweises und eines städtischen Mieteinigungsamtes steht bevor. Der Zwang zur An- und Abmeldung von Wohnungen soll durch Ortsstatut geregelt werden. Der Magistrat wird einstimmig ersucht, einen Entwurf auszuarbeiten und dem Ausschuß zur weiteren Beratung vorzulegen.

Bestrafter Wucherer. Der Obsthändler Albert Schröder aus Magdeburg verkaufte im Januar dieses Jahres Futterrüben und hat für den Zentner, der ihm unter Hinzurechnung aller Unkosten etwa 2,85 Mark gekostet hatte, 4,50 Mark bis 5 Mark genommen. Er wurde wegen Preiswuchers angeklagt, vom Schöffengericht aber am 3. Mai freigesprochen. Die Berufungskammer hob das Urteil auf und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe ev. 60 Tage Gefängnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170904-17/fragment/page=0006